Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17250 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Mittwoch, den 26. Januar 1927 — Nummer 21

Heraus zum Kampf gegen den Bürgerblock!

An die deutsche Arbeiterklasse! An alle Werktätigen! Ausgebeutete in Stadt und Land!

In Deutschland vollziehen sich gegenwärtig Ereignisse von größter Bedeutung. Der Reichspräsident Hindenburg hat die Führung zur Bildung einer Regierung des Besitzbürgerblocks übernommen. Bankkapitalisten und Industriebarone, Junker und Monarchisten bilden eine Rechtsregierung, um den wirtschaftlichen Druck auf die Arbeiterklasse zu verzehnfachen und die politische Reaktion zu vollenden. Hindenburg richtet das persönliche Regiment der verfluchten Hohenzollernzeit wieder auf. Die Reaktion, die nicht nur auf den ohnmächtigen Reichstag, sondern auch auf den Willen der erdrückenden Mehrheit aller Wähler pfeift, sagt der Arbeiterklasse schärfsten Kampf an.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Was ist der Sinn der letzten Regierungskrise?

Auch vorher bestand ein Bürgerblock mit Marx an der Spitze, unterstützt von der Sozialdemokratischen Partei. Jetzt aber tritt als Frucht achtjähriger Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik der SPD, als Resultat der erst dadurch ermöglichten Festigung der kapitalistischen Herrschaft die Wendung zur offenen Reaktion ein.

Die Bourgeoisie ist dank der Politik der SPD stark genug geworden, ohne Kulissenarbeit der sozialdemokratischen Führer zu herrschen. Wie sich auf wirtschaftlichem Gebiet die Zusammenballung der kapitalistischen Unternehmungen zu großen Trusts, der Ruin von Tausenden kleinbürgerlicher Existenzen vollzieht, so findet jetzt auch die politische Ausschaltung der kleinbürgerlichen Parteien statt.

Der Eintritt Deutschlands in den Kreis der imperialistischen Mächte bedeutet gleichzeitig Stärkung der Reaktion im Innern, weiteren Abbau der bisherigen politischen und sozialen Errungenschaften, steigende Ausbeutung und Unterdrückung sowie zunehmende Kriegsgefahr!

Die deutsche Bourgeoisie beginnt erneut eine abenteuerliche Politik zu treiben; sie gefährdet die Beziehungen Deutschlands zu der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken und verbündet sich auf Gedeih und Verderb mit den Interventionsabsichten des britischen Imperialismus. Der englische Schatzkanzler Churchill rief in einer Rede in Rom alle früheren Kriegsmächte zum Bündnis gegen den Leninismus und die Sowjetunion auf.

Er fordert die Erwürgung des Kommunismus in allen Ländern. Die deutsche Bourgeoisie schickt sich an, diesem Ruf zu folgen. Das ist der Sinn der Regierungskrise und der Bildung der Rechtsregierung.

Der Sturz der Monarchie 1918, die Bildung der Republik erfüllte insbesondere die sozialdemokratischen Arbeiter mit großen Hoffnungen. Wir Kommunisten gehörten niemals zu denen, die in der kapitalistischen demokratischen Republik einen Staat der Arbeiter sahen. Heute erkennen mit uns Millionen Werktätige,

daß ohne Vernichtung der bürgerlichen Herrschaft, ohne die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, ohne die Errichtung eines Arbeiterstaates die Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht möglich ist.

Die Notwendigkeit des Kampfes für die Arbeiter- und Bauernregierung wird auch durch diese Regierungskrise allen werktätigen Schichten in Deutschland erneut bewiesen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wählte den Weg der Unterstützung der Bourgeoisie — das Resultat ist der Rechtsblock, die Herrschaft der Reaktion. Das russische Proletariat wählte den Weg des Kampfes gegen die Bourgeoisie — das Resultat ist der Sieg der Arbeiterklasse, das Wachsen des Sozialismus.

Wiederum schicken sich die Führer der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften an, die Massen dem Ansturm der Kapitalisten preiszugeben. Während des ganzen Verlaufes der Krise — vom 17. Dezember bis zum heutigen Tage — haben sie alles getan, um die Arbeiterschaft in Passivität zu halten. Die ausgebeuteten Massen, die Führer der SPD und Gewerkschaften zogen es vor, sich Tag für Tag an den betrügerischen Machenschaften der bürgerlichen Parteien zu beteiligen. Sie handelten und feilschten um die Große Koalition, um die stille Koalition, um das Kabinett der Mitte. Sie verschwiegen den Massen die Wahrheit. Sie vermieden jeden Kampf. Sie verhinderten die Reichstagsauflösung. Sie halfen den Bürgerlichen. Die einzige Tat, zu der sie sich aufschwangen, war der schmutzige Lügenfeldzug gegen die angeblichen „Sowjetgranaten". Sie beteiligten sich damit an der Kriegshetze des englischen Imperialismus.

Arbeiter und Werktätige!

Denkt daran: als der Rechtsblock gegen euch aufmarschierte, rührten die sozialdemokratischen Führer keinen Finger zu seiner Bekämpfung, sondern eröffneten die schärfste und gemeinste Kampagne gegen die Sowjetunion und gegen die Kommunistische Partei. Sie handelten als Wegbereiter der Reaktion!

Jetzt war für Hindenburg der Moment zum Eingreifen gekommen. Das Finanzkapital, die Trustmagnaten und Junker fordern eine Regierung der entschlossenen imperialistischen Politik, um an der Seite Englands gegen die Sowjetunion zu rüsten.

Sie forderten eine Regierung der ungehemmten kapitalistischen Ausbeutung, um die Massen noch mehr zu plündern.

Sie forderten eine Regierung der skrupellosen Reaktion, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen und den monarchistischen Kurs zu sichern.

Das Finanzkapital forderte mit einem Wort die Regierung zur Vorbereitung neuer Kriege und zur Erwürgung der Arbeiterbewegung auf.

Alle kapitalistischen Kräfte drängen auf diese Lösung. **Der englische Botschafter erklärte den Regierungseintritt der Deutschnationalen im Interesse der sowjetfeindlichen Politik für erwünscht, Stresemann bereitete sich, diesem Wink zu folgen. Die Reichswehrgenerale sandten Hindenburg durch Geßler ein geheimes Gutachten, das die Rechtsregierung fordert. Die katholischen Kardinäle drückten im gleichen Sinn auf das Zentrum.** Die Unternehmerverbände und die Banken, der Landbund und **die bayerische Regierung — alle verlangten den Bürgerblock.**

Die republikanische Scheinopposition der Wirth und Koch **knickte zusammen. Die sozialdemokratischen Führer verrieten** das Proletariat „bis zur Selbstaufgabe" — nach den eigenen Worten ihrer Presse.

Marx, der Zentrumsmann, der gestürzte Reichskanzler, Hindenburgs republikanischer Gegenkandidat von 1925, der Reichsbannerführer, wird Hindenburgs gehorsamster Diener und stellt sich freudig an die Spitze des Besitz-Bürgerblocks. Das Zentrum erteilt ihm die Vollmacht, auf die der Schwätzer Wirth einige „arbeiterfreundliche" Phrasen schreibt. Die Stresemannsche Volkspartei begrüßt Geßler, und seine Generale nehmen ihn mit offenen Armen auf. Und die Deutschnationalen, deren Führer Westarp noch vor einigen Tagen die volle Wiederherstellung der Monarchie forderte, erklären sich zum Eintritt in das Kabinett bereit. Das Finanzkapital, die Trustmagnaten und Junker haben ihren Willen durchgesetzt. Hindenburgs Auftrag ist erfüllt. Der Bürgerblock ist da.

Arbeiter und Werktätige!

Was bedeutet für euch die Regierung des Bürgerblocks?

Sie ist die nackte Diktatur des Großkapitals, sie ist die offene Kampfregierung gegen die Arbeiterklasse!

Die Rechtsregierung treibt zum imperialistischen Krieg, zur faschistischen Reaktion und zum wirtschaftlichen Ruin des arbeitenden Volkes.

Die deutschnationale Marx-Regierung orientiert sich nach dem räuberischen englischen Imperialismus. Sie wird sich aktiv an allen Vorbereitungen zur militärischen Intervention gegen die Sowjetunion beteiligen. Sie wird die faschistischen Mordregierungen Italiens, Polens, Litauens und Rumäniens unterstützen. Sie wird Deutschland in neue imperialistische Konflikte stürzen.

Die Regierung des Bürgerblocks wird die reaktionärste Innenpolitik durchführen, die es seit 1918 gegeben hat. Die Gesetzentwürfe zur Verschlechterung des Wahlrechts, zur Verpfaffung der Schule und zur Verhängung des Ausnahmezustandes auf Grund des § 48 sind bereits fertig. Die Arbeiterbewegung soll auf „gesetzlichem" Wege gefesselt und zerschlagen werden. Durch das neue Vereinsgesetz werden alle Organisationen, Versammlungen und Zeitungen der Arbeiterschaft unter Polizeikontrolle gestellt werden. Der Reichsarbeitsminister Brauns will das Koalitions- und Streikrecht durch ein System behördlicher Verbindlichkeitserklärungen und Haftbarmachung der Gewerkschaften zunichte machen.

In der Reichswehr, Justiz und Polizei, in der Verwaltung und im ganzen Lande sollen die Monarchisten noch mehr wie bisher freie Hand bekommen. Die italienischen Zeitungen begrüßen Hindenburg bereits als den deutschen Mussolini und die Rechtsregierung als den Uebergang zum Faschismus in Deutschland.

Die Wirtschaftspolitik wird bis zum äußersten die Rationalisierungsoffensive der Trustkapitalisten und den Wucher der Großagrarier unterstützen. Neue Zollerhöhungen und neue Steuererleichterungen für die Bourgeoisie stehen bevor. Durch die Aufhebung jeden Mieterschutzes, durch den 130prozentigen und noch höheren Mietswucher vollziehen die Hausbesitzer die Plünderung der werktätigen Mittelschichten, deren Steuerlasten noch drückender gestaltet werden sollen.

Die Junkerkaste erhält neue Geschenke auf Kosten der Kleinbauern und Pächter.

Die Sparer und Kleinrentner haben keine Aufwertung, sondern nur steigende Teuerung und erhöhte Steuern zu erwarten.

Die Sozialpolitik der Rechtsregierung wird sich mit rücksichtsloser Schärfe gegen die Arbeiterschaft richten. Jeder Schritt dieser Regierung wird unmittelbar von den Unternehmern geführt. **Keinen Pfennig Lohnerhöhung, sondern weitere Herabsetzung der Hungerlöhne! Keinen Gedanken an den Achtstundentag, sondern weitere Verlängerung der Arbeitszeit! Keine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sondern Verschlechterung der Akkordsätze und Verschärfung des Antreibersystems!** — das ist die Sozialpolitik des Bürgerblocks. Die Erwerbslosigkeit wächst ununterbrochen. Allein im Dezember flogen 300 000 Arbeiter auf die Straße, 17 Prozent der deutschen Industriearbeiter sind arbeitslos. Durch den Abbau der Erwerbslosenfürsorge soll ihnen die letzte elende Unterstützung geraubt werden. So will es Hindenburg und das Trustkapital.

Arbeiter und Werktätige!

Ihr seht, welche großen Gefahren euch drohen!

Ihr alle steht vor der Wahl, **euch widerstandslos in größeres** Elend, verschärfte Knechtschaft und **neue Kriege treiben zu lassen, oder den Kampf gegen das regierende Großkapital aufzunehmen.**

Die **sozialdemokratischen Führer**, die für Hindenburg den Weg bereitet haben, lassen euch wie immer im Stich.

Die **Gewerkschaftsführer** verhandeln mit den Scharfmachern und ihren Vertretern in der Regierung. Sie machen parlamentarische Vorschläge, die den Arbeitern nichts nützen, und sabotieren den Kampf der organisierten Arbeiter.

Die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern und der Koalition mit den Bürgerlichen, die Politik der Kommunistenhetze und des Kampfes gegen die proletarische Einheitsfront — diese Politik des ständigen, jahrelang konsequent betriebenen Arbeiterverrats erlebt jetzt ihren schmählichen Zusammenbruch. Die sozialdemokratischen Führer versprachen euch die Besserung eurer Lage, die Sicherung der demokratischen Republik und die Wahrung des Völkerfriedens. Im Namen der Koalitionspolitik opferten sie eure brennendsten Lebensinteressen. Die Bourgeoisie hat sie als Werkzeug benutzt, um sie jetzt erbärmlich fortzujagen. Die sozialdemokratischen Führer sind bankrott. Alle ihre Versprechungen haben euch getrogen. Ihre Koalitionspolitik führte nicht wie sie erklärten, zur Klassenversöhnung, sondern zur Verschärfung der Klassengegensätze, zum Bürgerblock. Nicht Arbeitsgemeinschaft, **sondern Klassenkampf, nicht Zersplitterung, sondern Stärkung und Zusammenschluß der Gewerkschaften, das ist die Losung aller klassenbewußten Arbeiter.**

Zwei Klassenfronten stehen sich in Deutschland scharf und unversöhnlich gegenüber.

Dort die Front aller Kapitalisten, Junker, Reaktionäre und Generäle unter Führung Hindenburgs und der Rechtsregierung.

Hier die Front aller Werktätigen und Ausgebeuteten, die Front der Arbeiter, der Erwerbslosen, der geplünderten Mieter, der notleidenden Mittelschichten und der schaffenden Bauern unter Führung des klassenbewußten Proletariats

Die Kommunistische Partei ruft die 20 Millionen deutscher Arbeiter, die Millionen des ganzen werktätigen Volkes auf, dem Häuflein kapitalistischer Ausbeuter und seinem Regierungsblock entgegenzutreten.

Freigewerkschaftliche, Hirsch-Dunckersche und Zentrumsarbeiter, Arbeiter und Werktätige aller Richtungen, schließt euch zusammen für die Erkämpfung folgender Mindestforderungen:

1. **Der achtstündige Maximalarbeitstag und die Siebenstundenschicht für Berg- und Schwerarbeiter.**
2. **Höhere Löhne und Verhinderung jedes Lohnabbaus.**
3. **Arbeit für Arbeitslose und Erhöhung der Unterstützung um 40 Prozent Ausbau der Sozialfürsorge.**
4. **Verbot jeder Mieterhöhung, volle Wiederherstellung und Ausbau des Mieterschutzes.**
5. **Steuererleichterungen für Kleingewerbetreibende und Kleinbauern, Beseitigung der die Massen belastenden Steuern.**
6. **Gegen die Kulturreaktion, gegen die Verpfaffung der Schule.**
7. **Beseitigung der Monarchisten aus der Reichswehr und sofortige Entfernung Geßlers.**
8. **Sofortige Amnestie und Freilassung aller politischen Gefangenen.**
9. **Gegen Stresemanns imperialistische Kriegspolitik. Hände weg von Sowjetrußland! Verhinderung der Interventionspläne durch aktive proletarische Solidarität.**
10. **Sofortige Auflösung des Reichstages und Neuwahlen.**

Das sind die dringendsten Forderungen aller Werktätigen. Die Kommunistische Partei richtet an die Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften, in allen proletarischen Organisationen die Aufforderung, zu diesen Forderungen Stellung zu nehmen und mit ihrer ganzen Kraft den einheitlichen Massenkampf zu organisieren.

Diese Forderungen können nur im schärfsten Klassenkampf, nur durch die außerparlamentarische Mobilisierung der Massen durchgesetzt werden.

Eine wirkliche Sicherung der Durchführung dieser Forderungen, die endgültige Beseitigung des wachsenden Elends der arbeitenden Massen, die völlige Abwehr der Gefahr der faschistischen Diktatur und des imperialistischen Völkermordens ist nur möglich durch eine **Arbeiter- und Bauernregierung**, die, auf die Rätemacht gestützt, die Diktatur des ausbeuterischen Trustkapitals mit eiserner Hand bricht und die sozialistische Produktion im Interesse aller Werktätigen organisiert. Nur eine Arbeiter- und Bauernregierung kann die Entwaffnung und Unterdrückung jeder Reaktion, die sofortige Nationalisierung der Banken und der Großindustrie, die Freimachung der großen Wohnungen für die Werktätigen durchführen und das feste Bündnis mit der Sowjetunion schließen.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Der Bürgerblock bedroht eure wirtschaftliche und politische Existenz.

Gegen den Block der reaktionären Bourgeoisie müssen wir die kampfbereite proletarische Einheitsfront organisieren. Die Unzufriedenheit und Empörung der Massen muß in organisiertem und geschlossenem Kampf den Ausweg schaffen. Es gilt, den erbittertsten Kampf gegen den kapitalistischen Rechtskurs zu führen.

Nieder mit dem Hindenburgschen Bürgerblock!
Auflösung des Reichstages und Neuwahlen!
Gegen die imperialistische Kriegsgefahr!
Für das Friedensbündnis mit der Sowjetunion!
Kampf für die Arbeiter- und Bauernregierung!

Berlin, den 25. Januar 1927.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands
Sektion der Kommunistischen Internationale

Vor dem Abschluß der Regierungsbildung

Ausschaltung des Reichstages.

Berlin, 26. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Parteiführer des Bürgerblocks verhandelten gestern über die Formulierung des Regierungsprogramms. Sie wollen im Laufe des heutigen Mittwoch dieses Programm zusammengeschustert haben. Die Demokraten wollen auf die Fertigstellung warten, um dann zu erklären, ob sie mit in die Regierung gehen oder nicht. Die demokratischen Schund- und Schmutzführer hoffen also immer noch, in die Gemeinschaft der Großindustriellen, Pfaffen und Junker aufgenommen zu werden. Obwohl offiziell erklärt wird, daß die Personenfrage noch nicht erörtert worden sei, ist der Schacher um die Ministerposten schon sehr lebhaft. Die Deutschnationalen verlangen 3 oder 4 Ministersitze für sich, das Zentrum außer dem Kanzler natürlich auch noch mehrere Sitze. Die Deutsche Volkspartei, die in Gefahr ist, bei der Verteilung der Ministersitze zu kurz zu kommen, wendet sich öffentlich gegen das Ueberwiegen des deutschnationalen Einflusses. Die Zentrumsheuchler glauben, in einer öffentlichen Erklärung die allgemein bekannten Verhandlungen ableugnen zu können. Aus diesem freundschaftlichen Gerangle des Bürgerblocks um die Ministerposten schöpfen die SPD-Führer neuen Mut. Der Vorwärts schreibt, daß das die „wahre Liebe" nicht sei. Die wahre Liebe hätten nur die SPD-Führer zum Zentrum und zu den Großkapitalisten. Sie setzen ihre Koalitionsbettelei fort.

*

Wie weiter mitgeteilt wird, ist zwischen den Parteien soweit Einigung erzielt, daß nur noch Auseinandersetzungen über die Verfassungsfrage und die Fortführung der Außenpolitik bestehen. Heute soll ein endgültiger Abschluß über die Regierungsbildung erzielt werden. Am Donnerstag soll die Regierung sich dem Reichstag vorstellen und die Regierungserklärung abgeben. Dann soll der Reichstag sofort vertagt werden. Die Debatte und die Abstimmung über die Regierungserklärung soll dann am 3. oder 4. Februar stattfinden. Die Rechtsregierung beginnt mit der Ausschaltung des Reichstags, sie wird, wenn nicht die Arbeiter alle Kraft zur Gegenwehr anwenden, mit der Diktatur enden wollen.

Der „derzeitige Republikaner" sächsischer Justizminister

Bei der Neuverteilung der Ministerposten bleibt im Reich der Innenminister Külz übrig. Für dieses Amt wird der Deutschnationale Lindeiner vorgesehen. Herr Külz soll jetzt, wie ja schon von Anfang an gemeldet wurde, nach Sachsen kommen und hier das Innenministerium übernehmen. Dr. Dehne will auf seinen Posten als Direktor der Staatsbank zurückkehren, er hat, wie man jetzt meldet, das Amt des Innenministers nur provisorisch übernommen. Ein Beschluß der Demokraten liegt zwar noch nicht vor, jedoch besteht die Wahrscheinlichkeit, daß Külz sein Amt in Sachsen bald antritt.

Die neue Neunerkommission

Die Fraktionen der Regierungsparteien haben einen Ausschuß gebildet, in dem die Gesetze und Anträge vorher besprochen werden sollen, damit im Parlament eine Einigkeit gewahrt bleibt. Es handelt sich um die Wiederbelebung der schon früher einmal bestandenen Neunerkommission. So fest wie diese war, wird wohl die neue Kommission nicht werden.

Massenaufmarsch gegen den Bürgerblock

Berlin, 26. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

In Berlin fanden gestern vom Bezirksausschuß der Werktätigen Berlin-Brandenburg einberufene überfüllte Massenkundgebungen gegen den Bürgerblock, für die geschlossene rote Front der Werktätigen statt.

Die Wirtschaftliche Vereinigung beteiligt sich nicht an der Regierungsbildung

Berlin, 25. Januar.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung beschäftigte sich in ihrer heutigen Fraktionssitzung mit der Frage der Regierungsbildung und nahm den Bericht ihrer Mitglieder Drewitz und Alvers über die Verhandlungen mit Dr. Marx entgegen. Die Fraktion hält an dem bisher eingenommenen Standpunkt fest, daß sie die Beteiligung an einer Regierung ablehnen müsse. Sie will dem Kabinett der bürgerlichen Parteien mit wohlwollender Neutralität gegenüberstehen und es unterstützen, solange die Regierung den Forderungen des Mittelstandes Rechnung trägt.

Kündigung des Metallarbeitertarifs

Berlin, 26. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Auf der gestern abend stattgefundenen Versammlung der freigewerkschaftlichen Funktionäre aus den Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustrie wurde der am 31. März 1927 ablaufende Rahmentarifvertrag, der zwischen dem Metallkartell und dem VBMI besteht, gekündigt, wovon 150 000 Metallarbeiter und -Arbeiterinnen und indirekt 50 000 Angestellte betroffen werden.

Ein Protest der Amsterdamer gegen Litauen

Amsterdam, 26. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in einem Schreiben an den Präsidenten der Republik in Litauen gegen die Unterdrückung der litauischen Gewerkschaften Protest erhoben. Noch vor kurzer Zeit unterstützten die Gewerkschaftsführer die litauische Reaktion gegen die Kommunisten. Jetzt sind sie durch den Terror zur Abwehr gezwungen. Sie werden es aber wohl bei dem Schreiben belassen.

England gibt Hankau auf

Berlin, 25. Jan. (Telunion.)

Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Peking ist über Hankau eine Einigung erzielt worden. Die Engländer liefern praktisch die Konzession den Chinesen aus und behalten nur einige Sitze in der Verwaltung. Pekinger englische Kreise erklären, daß eine sofortige Einigung über Hankau notwendig sei, da die Kantontruppen vor Gangchow, dem Schlüssel zu Schanghai, stehen.

*

Der Vormarsch der revolutionären Truppen in China

Schanghai, 26. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Rückzug der Engländer auf Mittel- und Westchina dauert an. Die Lage in Hankau ist unverändert. Die Kantonregierung hat in einem langen Manifest zugleich die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung erklärt. Die Kantontruppen haben in der Provinz Tschekiang die Offensive ergriffen. Nach der Niederlage des Generals Suntschuansiges erscheint Hangtschu. Die englischen Missionare verlassen den Bezirk von Ningpo. Die Lage in Schanghai ist ruhig.

*

Die englische Mobilmachung

London, 26. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Daily Herald überschreibt den Bericht über die fortdauernden englischen Truppentransporte nach China „Kleine Mobilmachung". Die Einberufung der A-Reservisten nennt er die „größten militärischen Vorbereitungen seit dem großen Krieg". Diese Kennzeichnung charakterisiert den Ernst der Lage. Der Daily Herald stellt fest, daß die englische Regierung seit Beginn des Kampfes in China noch nie so viel Truppen und Kriegsschiffe dorthin geschickt hat.

*

Kein gemeinsames Vorgehen der Imperialisten in China

Amerika lehnt gemeinsames Vorgehen in China ab.

Neuyork, 25. Jan. (Telunion.)

Im Weißen Hause wird erklärt, daß die Vereinigten Staaten ein von den fremden Mächten unabhängiges Vorgehen in China vorbereiten. Der amerikanische Standpunkt sei deshalb von dem der anderen Mächte grundverschieden, da diese große Konzessionen in China besäßen. Der auswärtige Ausschuß des Abgeordnetenhauses faßte eine Resolution, nach der die Regierung unverzüglich Verhandlungen mit China auf der Basis der Gleichberechtigung aufnehmen soll. Staatssekretär Kellogg beabsichtigt, innerhalb der nächsten 48 Stunden eine hochwichtige Erklärung über Amerikas Chinapolitik abzugeben.

*

Auch Japan lehnt offiziell ab

London, 25. Jan. (Telunion.)

Der japanische Außenminister Baron Shidehara hat nach einer Meldung aus Tokio den Botschaftern Englands, Belgiens, Italiens und Frankreichs mitgeteilt, daß Japan nicht beabsichtigt, Truppen in China zu landen oder Kreuzer nach Schanghai zu entsenden.

Vor einem Verkehrsarbeiterstreik in Polen

Warschau, 26. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Vertreter der vereinigten Verbände der staatlichen Beamten im Transportgewerbe, in denen über 150 000 Eisenbahner, Post- und Telegraphenbeamte organisiert sind, fordern die Zahlung eines Teuerungsausgleichs in Höhe eines Monatsgehalts und die ständige Erhöhung der Gehälter um 35 Prozent. Die Leitung des Verbandes kündigt an, im Falle erneuter Ablehnung der Forderung den Streik zu proklamieren, ohne Rücksicht auf die dadurch erfolgende Stillegung des gesamten Verkehrswesens.

Die Bezirksleitung der KPD Ostsachsen

hielt am Sonnabend, den 22. Januar 1927 eine Sitzung ab, in der Genosse Dengel einen Bericht über die Tagung der 7. Erweiterten Exekutive erstattete. Nach einer anregenden Diskussion wurde den in Nr. 19 der Arbeiterstimme veröffentlichten Resolutionen „Zur innerparteilichen Lage der KPD" und „Zum Bericht über die 7. Erweiterte Exekutive" einmütig beigetreten. Nur gegen den Absatz 6 der zu zweit genannten Resolution stimmten 2 Genossen.

Durch diese Beratung und Beschlußfassung ist auch für den ostsächsischen Bezirk der KPD die politische Plattform gegeben, auf der die UB-Konferenzen, der Bezirks- und Reichsparteitag vorzubereiten ist.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung „Organisatorische Mitteilungen" beschloß die Voll-Bezirksleitung u. a. die seit zwei Monaten laufende Schulungsarbeit der Parteimitgliedschaft weiter auszubauen und zu diesem Zwecke ein Diskussions- und Mitteilungsblatt für die Parteiarbeiter herauszubringen, in dem auch regelmäßig alle Ortsgruppen veröffentlicht werden sollen, die mit der Beitragsabführung im Rückstande bleiben.

Lenin . . .

Lenins „erster Schritt" als Revolutionär

Am 4. Dezember 1887 wurden in Kasan die Teilnehmer einer Studenten-„Shodka" (Meetin) in Haft genommen. Unter ihnen befand sich auch Lenin. Unter den 39 Studenten befanden sich nur 3 Studenten des ersten Kursus. Das Gros bildeten Studenten der älteren Kurse.

In den 80er Jahren rekrutierten sich bekanntlich die russischen Revolutionäre hauptsächlich aus den Studenten „älterer Jahrgänge", aus der Altersklasse Alexander Uljanoffs, des Bruders Lenins, der im Mai 1887 zum Tode durch den Strang verurteilt wurde. Die „grünen Jünglinge", die noch vor kurzem die Schulbänke gedrückt hatten, gingen noch äußerst zaghaft ans Werk, sie hatten noch nicht die Feuertaufe erhalten.

Eine interessante Charakteristik Lenins enthält ein Polizeidokument der damaligen Zeit, betitelt:

Verzeichnis der Studenten, die aus der Universität für die Teilnahme an der Shodka (Versammlung) am 4. Dezember ausgeschlossen sind.

Nr. 46. Uljanoff, Wladimir.

„Verschlossene Natur. Zerstreut, unhöflich. Solches ist auffällig, da U. doch das Gymnasium mit einer goldenen Medaille und guter Attestation absolviert hat. Schon zwei Tage vor der Versammlung gab er Anlaß zum Verdacht, daß er etwas Schlechtes plane: er ging oft ins Rauchzimmer, unterhielt sich mit den Studenten Zegreschda, Lodygin und anderen, ging dann nach Hause, kehrte wieder zurück, brachte irgend etwas mit, verhandelte mit seinen Kollegen im Flüsterton. Am 4. Dezember eilte er als einer der Ersten in die Aula, rannte zusammen mit Poljanski durch den Korridor der zweiten Etage. In Anbetracht der exklusiven Verhältnisse, in welchen sich die Familie Uljanoffs befindet (sein Bruder hatte vor einigen Monaten den Tod durch den Strang erlitten), gab sein Benehmen Veranlassung, zu erwarten, daß er sich der Teilnahme an verschiedenen gesetzwidrigen Handlungen und sogar verbrecherischen Demonstrationen zuschulden kommen lassen kann."

Die Studenten Zegreschda und Lodygin befinden sich auch im Verzeichnis der ausgeschlossenen Studenten. Zegreschda war 23 Jahre alt, also 6 Jahre, der 22jährige Lodygin 5 Jahre älter als Lenin. Hieraus geht hervor, daß der blutjunge 17jährige Iljitsch damals sich der älteren, revolutionär gestimmten Studentenschaft eng angeschlossen hatte.

Lenin als Schachspieler

Der Bruder Lenins, Dmitri Uljanoff, schreibt in der „Krasnaja Gazeta":

„Wladimir Iljitsch war schon mit 8–9 Jahren ein eifriger Schachspieler. Er spielte oft mit dem Vater und mit unserem ältesten Bruder Alexander. Mit 15 Jahren war er schon ein „Matador" und gewann vom Vater so manche Partie. Ich entsinne mich dessen, wie einst (i. J. 1885–86) unser Vater ins Speisezimmer mit den Worten trat: „Wolodja beginnt jetzt mir die Schachpartien gewinnen."

Mark Eliasaroff (der Schwager Lenins) arrangierte einige Schachpartien auf schriftlichem Wege zwischen W. J. und dem damals rühmlichst bekannten Schachspieler Hardin in Samara. Die Schachzüge wurden per Postkarte ausgewechselt. Nach einem solchen Schachzuge stellte Lenin in Erwartung der Postantwort mehrere Male die Schachfiguren auf und bemerkte schmunzelnd: „Es interessiert mich sehr, wie sich mein Gegner verteidigen wird. Ich habe ihn in die Enge getrieben und weiß es selbst nicht, wie man sich aus dieser Lage herausdrehen könnte."

Die langerwartete Antwort traf endlich ein. Die Schachfiguren wurden schleunigst aufgestellt. Mir erschien der Zug Hardins vollkommen sinnlos. Iljitsch war anfänglich auch ganz perplex. Doch bald hatte er den Schachzug durchdacht. „Ja, das ist ein echter Schachspieler. Diese wahrhaft teuflische Schlauheit!" bemerkte er schmunzelnd.

Hardin war in der Tat ein hervorragender Schachspieler. In den 80er Jahren besiegte er oftmals die bekanntesten Moskauer Schachspieler. Auch mit einer Größe wie Tschigorin konnte er es aufnehmen.

Hardin war Rechtsanwalt. „Iljitsch" besuchte ihn oft nur des Schachspieles wegen, und als er sein Staatsexamen abgelegt hatte, ließ er sich bei Hardin als Rechtsanwaltsgehilfe anschreiben, um bei diesem Schachmatador die Gerichtspraxis zu studieren.

Die letzte Schachpartie spielte ich mit W. J. im Jahre 1908 in Genf. Zu Hause hatten wir kein Schachbrett. Wir gingen zusammen in ein Café. Als wir uns an den Tisch setzten, fragte mich W. J., was ich trinken werde. Ich entschied mich für Bier. W. J. bestellte für mich ein Seidel Bier und für sich eine Tasse schwarzen Kaffee.

„Ich möchte nicht Bier trinken," sagte er und seine Augen blinzelten so schlau.

Wir spielten eine einzige Partie im Laufe von vier Stunden und mit solchem Eifer, daß unsere Umgebung sich über uns lustig machte.

Nach den Oktobertagen hat Iljitsch keine einzige Partie Schach gespielt."

„Das Schachspiel macht mich immer so müde," meinte er.

Andrei Rostowzeff.

Amerika mobilisiert!

Im Mittelpunkt der weltpolitischen Ereignisse steht seit einigen Wochen Amerika. Unter dem Vorwand, die reaktionäre Regierung von Diaz zu schützen, haben die Vereinigten Staaten die Küsten von Nicaragua besetzt, um ihre Herrschaft in Mittelamerika zu festigen und eine Operationsbasis gegen Mexiko zu erlangen. Soeben meldet die Presse, daß der amerikanische Senat eine friedliche Beilegung des drohenden Konfliktes zwischen Amerika und Mexiko ablehnt. Eine Widerspiegelung dieser Ereignisse bringt die soeben erscheinende **Sondernummer der AIZ: „Amerika mobilisiert!"**

In einer Fülle von Bildern und Artikelmaterial offenbart sich das Gesicht des „allmächtigen" amerikanischen Imperialismus. Während Millionen Dollars für immer neue wahnwitzige Rüstungen verschleudert werden, beutet das imperialistische Amerika seine Kolonialsklaven auf das schändlichste aus. Die Führer der amerikanischen Gewerkschaften werden mit ungeheuren Summen gekauft, die große Unternehmungen und Banken unterhalten und den Klassenkampf der Arbeiter verraten. Mit aller Schärfe und Offenheit werden die zwei Gesichter Neuyorks aufgezeigt, auf der einen Seite Neuyork der Milliardäre, auf der anderen Seite das Neuyork der Elendsviertel der „Slums", wo Tausende von Einwanderern Unterkunft finden, die noch immer, von dem Glanz des Dollars angelockt, in dieses „gelobte Land" ziehen, um dort das Heer der Arbeitslosen zu vergrößern. Beiträge über den Beginn der kommunistischen Aufklärungsarbeit in der amerikanischen Hochschule Brookwood, sowie Bilder von den Kämpfen der klassenbewußten Arbeiterschaft in New-Jersey, anläßlich des Textilarbeiterstreiks, spannende Photos vom dem großangelegten Alkoholverbotsschwindel vervollständigen diese besonders reichhaltige Nummer. Für die Leserinnen verdient der soeben beginnende neue Roman „Der eiserne Moloch" von Camille Lemonnier einen besonderen Hinweis.

*

Die AIZ ist wie immer durch alle Zeitungshändler, Kolporteure und Kioske zum Preise von 20 Pf. erhältlich. Besondere Bedingungen für den Postbezug gibt die vorliegende Nummer bekannt.

Arbeiterstimme

Nr. 21
8. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

Selbst liquidiert Landtagsbeschlüsse!

Der angenommene Antrag auf 10 Millionen Beihilfe wird sabotiert — Die Zustände in den Gefangenenanstalten — Die kommunistischen Anträge für das Malergewerbe, die höhere Lohneinstufung der Bergarbeiter und gegen den Eisenbahnerabbau

Landtagssitzung vom 25. Januar 1927

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die Beratung einer Regierungsvorlage, betreffend einen „einmaligen Sonderzuschuß an Bezirksfürsorgeverbände zur Bewilligung von

Winterbeihilfen an notleidende Bedürftige.“

Die Regierung hält es nicht einmal für nötig, ihre Vorlage zu begründen. Deshalb erhält Genosse Dr. Schmincke als erster das Wort:

Es ist bezeichnend für die Einschätzung der Notlage der sächsischen Bevölkerung, daß die Regierung nicht einmal ihre eigene Vorlage begründen will. Diese Vorlage hat als Ursache einen sozialdemokratischen Antrag, der eine Bewilligung von 10 Millionen für die Bedürftigen und deren Auszahlung noch vor Weihnachten fordert. Dieser Antrag wurde damals angenommen, obgleich der damalige demokratische Finanzminister und jetzige Innenminister erklärte, es sei kein Geld dafür da, auch wenn der Landtag das Geld bewillige. Derselbe Mann aber hat nichts einzuwenden gegen Mehrausgaben für Tanks, neue Uniformen usw. Nachdem nun dieser Antrag mit 52 gegen 41 Stimmen angenommen wurde, bringt die Regierung einfach eine Vorlage, in der sie eine einzige Million auswirft und es fertig bringt, dies damit zu begründen, daß die Summen, die das Reich auswirft, „ohnehin genügen“ würden. Dabei bringt sogar die Regierung es fertig, zu erzählen, daß die Gesamtsumme dann 7,846 Millionen beträgt. Tatsache ist jedoch, daß die Gesamtsumme lediglich 7,646 Millionen beträgt. Die Regierung hat es nicht einmal für nötig gehalten, zu berichtigen. Die Regierung wagt zu erklären, damit sei der Not gesteuert. Dies angesichts des namenlosen Elends der Klein- u. Sozialrentner, der Kriegshinterbliebenen und langfristigen Erwerbslosen zu erklären, ist eine Unverfrorenheit, die den Charakter des neuen Kabinetts Heldt deutlich zeigt. Bei der Abstimmung über den 10-Millionen-Antrag stimmte im alten Landtag die ASPS für den Antrag. Ebenso hat die Aufwertungsgruppe sich vorher für den Antrag erklärt. Jetzt können die Herrschaften zeigen, wie sie ihren Wählerbetrug als Regierungspartei bemänteln wollen. Die Regierung selbst hat sich in Nachahmung faschistischer Methoden einfach über den Landtagsbeschluß hinweggesetzt, denkt nicht daran, die 10 Millionen auszuzahlen, sondern schlägt nunmehr 1 Million vor. Dieses unerhörte Auftreten der „neuen“ alten Regierung kennzeichnet die Situation. Parlamentarischer Verrat ermöglicht dieser Regierung, den Willen der Wähler mit Füßen zu treten. Den Kommunisten wird dies ein Ansporn sein, mit verstärkter Kraft im Lande zu arbeiten für den Sturz der Regierung und die Auflösung des Landtages. (Bravo! bei den Kommunisten.)

Finanzminister Weber versucht sich zu entschuldigen und erklärt, diese Vorlage sei ein Werk der Geschäftsregierung. (Gelächter links. Renner ruft: Aber Ihr reicht sie ein!“) Er verspricht, sich im Ausschuß zur Vorlage zu äußern.

Der Sozialdemokrat Müller-Planitz unterstreicht die Ausführungen des Genossen Dr. Schmincke und bringt zahlreiches Material für die Kennzeichnung der Notlage der Schichten, die durch den Antrag unterstützt werden sollten. Er fordert sogar Mobilmachung der Gewerkschaften gegen diese Regierungsmaßnahme.

Der Vertreter der Wirtschaftspartei beteuert, er sei für Linderung der Notlage, aber man dürfe nicht die Finanzlage des Staates gefährden.

Genosse Dr. Schmincke weist darauf hin, daß sowohl die ASPS als auch die Aufwerter nicht gewagt haben, ihre Stellungnahme offen klarzulegen. Diese Leute haben sich damit als feige Demagogen gezeigt. (Ordnungsruf!) Aber auch die gute Rede des Sozialdemokraten Müller-Planitz nutzt nichts, denn die Sozialdemokratie läßt diesen Reden **keine Taten folgen.**

So hat im Haushaltausschuß A der Abgeordnete Graupe (Soz.) bei der Beratung eines kommunistischen Antrages auf Sonderbeihilfe für Erwerbslose erklärt, diese Sonderbeihilfen hätten sich durch die Regierungsvorlage erledigt. (Hört, Hört! bei den Kommunisten.) Jetzt hätten die Sozialdemokraten Gelegenheit, durch gemeinsame Demonstrationen die Rückziehung der Regierungsvorlage zu erzwingen. (Bravo! bei den Kommunisten.)

Eine erzwungene Erklärung der Aufwerter.

Nunmehr erhebt sich der Aufwerter Mack und erklärt nach allerhand einfältigen Redensarten, daß die Aufwerter die Regierungsvorlage nicht unterstützen wollen. (Lebhafte Zurufe bei den Kommunisten und Sozialdemokraten.) Das Trommelfeuer der Kommunisten hat hier zweifellos seine Wirkung nicht verfehlt.

Nachdem noch Graupe versucht hat, seine Erklärung im Ausschuß abzuleugnen und Genosse Dr. Schmincke aus dem Protokoll die Richtigkeit seiner Behauptung nachgewiesen hat, wird die Vorlage an den Haushaltausschuß A verwiesen.

Die Zustände in den sächsischen Gefangenanstalten.

Nunmehr begründet Abg. Neu (Soz.) kurz einen Antrag seiner Fraktion auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses von 15 Mitgliedern zur Untersuchung der Verhältnisse in den sächsischen Gefangen-, Fürsorgeerziehungs- und Heilanstalten.

Der Deutschnationale Berg erklärt unter stürmischen Zurufen der Kommunisten und Sozialdemokraten den Antrag für „überflüssig“.

Genosse Siewert

unterstreicht die Notwendigkeit der Schaffung eines solchen Untersuchungsausschusses. Er erinnert daran, daß bei einem Besuch des damaligen Ministers Lipinski **Gefangene aus einer Strafanstalt, die sich beschweren wollten, heimlich in die Heilanstalt überführt worden waren,** um ihre Beschwerdeführung zu verhindern. Weiter unterzieht Genosse Siewert den Strafvollzug in Sachsen einer vernichtenden Kritik. Er weist auf den Fall des Kaufmanns Becker hin, der wegen Herzleidens aus der Gefangenanstalt in die Heilanstalt Waldheim überführt worden war, dort einem berüchtigten Raubmörder Kafka überantwortet wurde, der ihm Faustschläge ins Herz und in den Magen versetzt hatte, darauf vom Arzt in die Isolierzelle gesteckt worden war und den man **am nächsten Morgen tot auffand.**

Gen. Siewert bringt noch eine erdrückende Zahl von Klagen Gefangener über das brutale Verhalten von Aerzten. Die Gefangenen stellten Strafantrag gegen den Anstaltsleiter. Tatsache ist, daß in der Strafanstalt Waldheim Mißhandlungen von Gefangenen weiterhin vorkommen und daß Methoden dort üblich sind, die an die mittelalterliche Inquisition erinnern. Siewert erklärt auf Grund der Schilderung der zaristischen Gefängnisse durch die Revolutionärin Zinger, daß Sachsen sogar von den zaristischen Methoden lernen könnte. Bezeichnend für den Kurs auf dem Gebiet ist für Sachsen die Tatsache, daß das Lesen **kommunistischer Zeitungen in den Gefängnissen verboten** ist. Auch in den Fürsorgeanstalten herrscht der mittelalterliche Geist der Inquisition. Im Gegensatz dazu weist Genosse Siewert auf seine Feststellungen bei seinem Aufenthalt in Sowjetrußland hin. Dort werden die Gefangenen oder Verwahrlosten allmählich zu wertvollen Gliedern der Gesellschaft erzogen. Die Fürsorge für die verwahrlosten Kinder ist geradezu mustergültig im Gegensatz zu der Lage dieser Kinder in den Großstädten der kapitalistischen Staaten. Unter größter Spannung der Tribüne verliest Genosse Siewert einen Teil des Berichts des christlich-sozialen Rußlanddelegierten Dr. Hammelrath, der gerade diese Seite der neuen russischen Gesellschaft trefflich beleuchtet.

Zum Schluß betont Genosse Siewert, daß der Strafvollzug in Sachsen typisch für den Charakter der bürgerlichen Gesellschaft ist und daß deren Beseitigung erst wirkliche Vorbedingungen schafft für eine gründliche Aenderung der heute herrschenden Zustände. (Bravo! bei den Kommunisten.)

Justizminister Bünger wendet sich gegen die Ausführungen des Genossen Siewert. Als Trumpf spielt er die Veröffentlichung des Kämpfers, Chemnitz, über augenblickliche Vorgänge in Waldheim aus, die sich bereits 1918 zugetragen haben sollen. Gegen das Material des Genossen Siewert erklärt er nur, daß dies nicht ihn angehe, da es sich nicht um die Heilanstalt Waldheim handle. Er gibt zu, daß die Methoden des Strafvollzugs verbessert werden müßten, dazu sei aber kein Untersuchungsausschuß nötig.

Der Innenminister Dr. Dehne erklärt, daß er auf die Fälle, die gegen die Methoden in den Heilanstalten der Gefängnisse angeführt worden sind, nicht eingehen könne, weil er nicht orientiert sei. Trotzdem beginnt er dann in wütendem Tone zu schimpfen auf die „unverantwortliche Verunglimpfung der Beamten“. (Zuruf bei den Kommunisten: „Sie sind doch gar nicht orientiert!“ — Genosse Siewert ruft ihm in größter Erregung zu: „Sie reden ja, was Sie selbst nicht verantworten können, Sie alter Idiot!“ Er erhält deshalb einen Ordnungsruf.)

Genosse Dr. Schmincke beweist

Darauf erhält Genosse Dr. Schmincke das Wort zu unter allgemeiner Bewegung aufgenommenen Ausführungen. Er erklärt, daß er sich vor kurzem nach Waldheim begeben habe, um dort die Klagen zu prüfen. Dort hat in Gegenwart des Leiters, Dr. von Rabenau, ein Gefangener ausgesagt, **er sei von einem berüchtigten Kalfaktor (Aufseher, der selbst Gefangener ist), dem Raubmörder Kowalkowski, mit Faustschlägen bearbeitet worden, so daß ihm das Blut herunterlief;** außerdem habe Kowalkowski nachts in einer Zelle einen Gefangenen geprügelt.

Dr. von Rabenau hat dies zugegeben.

(Stürmisches Hört, hört! bei den Kommunisten. Siewert ruft erregt Dr. Dehne zu: „Nun, verantworten Sie Ihre Rede!“)

Präsident Schwarz erklärt, daß der Untersuchungsausschuß in einer der nächsten Sitzungen gebildet werden würde. Einstimmig wird die Einsetzung eines Sonderausschusses für Besoldungs- und Beamtenfragen beschlossen. Ein Antrag auf Vorwegnahme von einzelnen Kapiteln des Staatshaushaltsplanes zur Hebung des Arbeitsmarktes wird an den zuständigen Ausschuß verwiesen.

Die Tagesordnung der nächsten Sitzung wird darauf bekanntgegeben. Diese findet am Dienstag, den 1. Februar, statt.

Zur Begründung des Antrages der kommunistischen Fraktion, die Erwerbslosigkeit im sächsischen Malergewerbe, erhält das Wort

Genosse Nagel.

Er weist darauf hin, daß die Erwerbslosigkeit im sächsischen Malergewerbe einen Höchstgrad erreicht hat. Nach einer Ende Dezember 1926 aufgestellten Statistik durch die Ortsverwaltungen des Malerverbandes war in den meisten Städten Sachsens über die Hälfte aller im Gewerbe Beschäftigten erwerbslos.

Genosse Nagel betont, daß diesem Umstand unbedingt eine Schranke gesetzt werden muß und kann durch die sofortige Vornahme der notwendigen Malerarbeiten in allen staatlichen Gebäuden. Er fordert deshalb, daß die Regierung alle Landbauämter anweist, die in allen öffentlichen Gebäuden notwendigen Malerarbeiten sofort vorzunehmen. Weiter fordert er, daß die Arbeiten in eigener Regie vorgenommen oder nur an solche Firmen vergeben werden sollen, die sich verpflichten, unter Einhaltung der tariflichen Bestimmungen Gehilfen von den Arbeitsnachweisen dazu anzufordern. Außerdem sollen die Malerarbeiten nicht mehr, wie bisher, nur in der Ferienzeit vorgenommen, sondern auf das ganze Jahr verteilt werden. Weiterhin sollen alle Innenarbeiten in den Wintermonaten vorgenommen werden, um eine Ueberarbeit im Sommer und eine erhöhte Erwerbslosigkeit im Winter zu vermeiden, ebenso sollen die Gemeindebehörden angewiesen werden, bei Vornahme von Malerarbeiten ebenso zu verfahren.

Der Antrag wird ebenfalls dem zuständigen Ausschuß überwiesen.

Die Lohnklasseneinstufung der Bergarbeiter

nach dem Reichsknappschaftsgesetz hatte die kommunistische Fraktion zur Einbringung eines Antrages veranlaßt. Zu dessen Begründung hat Genosse Schreiber das Wort:

Eingehend auf die Bestimmungen des Reichsknappschaftsgesetzes, nachdem der Arbeitsverdienst durch einen Ausschuß festgesetzt und dem zur Errechnung der am 6. Juli 1926 gezahlte Lohn zugrunde gelegt werden soll, weist er darauf hin, daß nach einer Verordnung des Vorsitzenden des Reichsknappschaftsvereins bei der Beratung des Arbeitsverdienstes entsprechend den Bestimmungen für die Invaliden- und Angestelltenversicherung der wirkliche Arbeitsverdienst einschließlich aller Nebenbezüge und Sozialzuschläge zu berücksichtigen ist. Bei den Bergarbeitern bezieht sich dies auf Deputatholz und -kohle. Nach einer Feststellung des Arbeitsverdienstes im Monat Juli 1926 gehört die sächsische Knappschaft in die 5. Lohnklasse. Trotzdem hat der betreffende Ausschuß unter Vorsitz des sächsischen Regierungsvertreters die Einstufung in die 4. Lohnklasse vorgenommen. Die Kommunisten beantragen deshalb, daß der Landtag das Finanzministerium beauftragt, diese ungerechtfertigte Einstufung aufzuheben und die sächsische Knappschaft in die 5. Lohnstufe einzureihen.

Der Vertreter der Regierung versucht sich damit herauszureden, daß die sächsische Regierung für die Aenderung dieses Beschlusses nicht zuständig sei. Er schiebt diese Aufgabe dem Reichsarbeitsminister zu. Dennoch steht fest, daß das Gesetz die Landesregierung mit der Aufsicht beauftragt hat.

Der sozialdemokratische Redner schließt sich der Begründung des Genossen Schreiber an.

Der Volksparteiler Lippe deckt natürlich vollkommen die Scharfmacherhaltung des Abg. Dr. Weigel.

Auch dieser Antrag wird dem zuständigen Ausschuß überwiesen.

Gegen den Eisenbahnerabbau

wendet sich die kommunistische Fraktion in einem Antrag, der durch Genossen Siegel begründet wird:

Die Hauptverwaltung der Reichsbahn bereitet (den 6. innerhalb dreier Jahre) neuen ungeheuerlichen Personalabbau vor. Es sind bereits den einzelnen Reichsbahndirektionen Anweisungen zur Durchführung dieses Abbaues zugegangen. Allein im Reichsbahndirektionsbezirk Dresden kommen 500 Mann in Frage. Bezeichnend ist dabei, daß fast ausschließlich Werkstättenarbeiter in Frage kommen. Damit sind diese Maßnahmen als ein Teil der kapitalistischen Rationalisierung gekennzeichnet. Wenn man dabei beachtet, daß in den Werkstätten die Arbeitszeit täglich 9 und wöchentlich 54 Stunden beträgt und gerade angesichts der Tatsache, daß die Oeffentlichkeit ein ureigenstes Interesse daran hat, daß ausreichendes Personal bei der Reichsbahn vorhanden ist, um die durch die Abbaumaßnahmen der Dawesbahn schwer gefährdete Betriebssicherheit nicht noch weiter gefährden zu lassen, muß der Antrag der kommunistischen Fraktion als selbstverständlich angesehen werden. Tatsache ist, daß durch die verräterische Haltung der Führer des Eisenbahnerverbandes gegen den Willen der Mitglieder die Maßnahmen der Handlanger des Dawespaktes keine widerstandsfähige Front fanden. Dennoch bleibt für die Eisenbahner nach wie vor als wichtigste Aufgabe: freigewerkschaftliche Organisierung der Eisenbahner, Säuberung der Führung des Verbandes von verräterischen Elementen und Organisierung des Kampfes gegen den scharfmacherischen Kurs der Dawesbahn, die sogar die Ausbeutungsmaßnahmen der Privatindustrie übertrifft. Während diese Direktion Riesensummen für höhere Beamte, für die Technische Nothilfe, für Antreiberprämien usw. hinauswirft (die Generaldirektion bezieht die höchsten Gehälter in Deutschland), will man jetzt zum 6. Male untere und mittlere Beamte und Arbeiter „wegen Geldmangels“ abbauen und dafür die Ausbeutung des noch vorhandenen Personals ins Unerträgliche steigern. Die unteren Beamten sollen ins Arbeiterverhältnis übergeführt und dafür weitere Arbeiter entlassen werden. Gegen diesen Kurs muß entschlossen Front gemacht werden. Wir fordern deshalb, daß die Regierung sofort bei der Reichsregierung Protest gegen die Maßnahmen der Reichsbahn-AG. erhebt und diese veranlaßt, die Rückgängigmachung der Abbaumaßnahmen durchzusetzen.

Die Ueberstundenwirtschaft muß eingestellt werden.

Die Eisenbahnarbeiter und -beamten aber haben erkannt, wie unwahr die Prophezeiung der Gewerkschaftsführer von dem „Segen der Dawes-sonne“ war. Das hat sich ja bereits ausgewirkt. Schon ist Wirth lautlos verschwunden, noch aber ist der Kurs der Gewerkschaften „Burgfrieden mit der Kapitalistenklasse“. Mit diesem Kurs, nicht nur mit der Person eines Verräters, muß gebrochen werden. Den Eisenbahnern aber rufen wir zu:

Schließt euch zusammen im Einheitsverband und sorgt dafür, daß dieser auch zum Kampfe gegen den Scharfmacherkurs der Dawesbahn seine Aufgabe erfüllen kann! Macht endlich Schluß mit der Passivität!

(Lebhaftes Bravo bei den Kommunisten.)

Der Regierungsvertreter erklärt, daß nicht 500, sondern „nur 315“ abgebaut werden sollen.

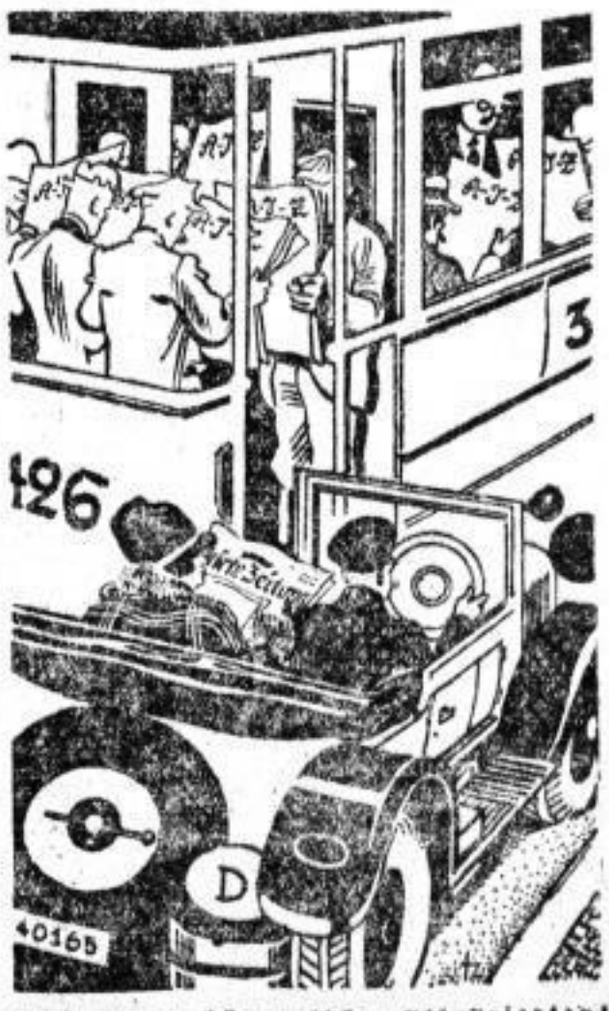
Siegnoth schützt Wirth!

Für die sozialdemokratische Fraktion wendet sich der berüchtigte Siegnoth, Chemnitz, der seinerzeit den Verräter Franz vor der Empörung der Gewerkschaftsmitglieder schützte, gegen die nur allzu berechtigten Angriffe des Genossen Siegel gegen die reformistische Leitung des Eisenbahnerverbandes. Schließlich muß er aber die mit einschlägigem Material versehenen Ausführungen des Genossen Siegel doch unterstreichen. Er selbst hebt hervor, daß die Reichsbahndirektion die Arbeiten an Privatunternehmer weitergibt, ihre Arbeiter entläßt, die Arbeiten aber bedeutend teurer bezahlen muß, als wenn sie sie in eigener Werkstätte erledigen ließe. Er stimmte dem Antrage zu.

Der kommunistische Antrag wird dem zuständigen Ausschuß überwiesen.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Die „AJZ“ heute neu!



Fort mit der bürgerlichen Illustrierten!
Auf dem Wege zur Arbeitsstätte liest jeder Werktätige die A-Z-Z. Jeden Mittwoch neu! Preis 20 Pfennig.

Oppositionelle Vertrauensleute! Donnerstag 6³⁰ im Keglerheim, Friedrichstr.

General-Versammlung der Metallarbeiter

Alle müssen erscheinen, da die Neuwahl der Ortsverwaltung stattfindet!

Dresden

26. Januar 1925: Beginn des Auerprozesses in München. „Deutscher Tag" und kommunistische Gegendemonstration in Pirna. — 1919: Gründung der dänischen sozialistischen Arbeiter-Partei.

Die Betriebsstillegungen in den ersten drei Vierteljahren 1926

(Mitteilung des Statistischen Landesamtes.)

Hinsichtlich der in den Monaten Januar bis Ende September 1926 eingegangenen 2370 Betriebsstillegungsanzeigen fand die Stillegungsverordnung in 535 Fällen keine Anwendung.

In den übrigen 1835 Fällen wurden die Maßnahmen
a) 197mal voll,
b) 1106mal nur teilweise,
c) 532mal nicht
durchgeführt.

In den in Frage kommenden Betrieben waren zur Zeit der Anzeigen beschäftigt:
414 742 Arbeiter und 59 065 Angestellte, von denen 80 100 Arbeiter und 3 025 Angestellte auf Grund der Anzeigen entlassen wurden.

Lehrlingszüchterei

(Arbeiterkorrespondenz.)

Man sieht es dem Umfang des Herrn Schlossermeisters P. in der Feldschlößchenstraße an, daß die Lehrlings„ausbildung" ein ganz bekömmliches Geschäft ist. Seine Methoden verdienen, der Oeffentlichkeit bekannt zu werden. Die armen Lehrlinge werden in jeder Beziehung ausgebeutet und erhalten dafür die horrende Bezahlung von **1 Mark wöchentlich im ersten Jahr, 2 Mark im zweiten Jahr, 3 Mark im dritten Jahr, 5 Mark im vierten Jahr.** Für geleistete Ueberstunden gibt es nichts. Diesen 11 Lehrlingen stehen nur 2 Gesellen zur Seite. Da kann man ermessen, daß diese armen Ausgebeuteten nicht viel lernen können, zumal in unserer heutigen Zeit ganz andere Ansprüche von den „Lehrherren" an sie gestellt werden. Hausarbeiten für die Hauswirtschaft, wie Holzhacken, Koks klopfen, Briefe forttragen sind alltägliche Erscheinungen. Von dem stattlichen Lohn von wöchentlich 1 bis 5 Mark müssen von jedem Lehrling noch 5 Mark Innungsgeld bezahlt werden. Der rundliche Herr Schlossermeister scheint am Verhungern zu sein, da er dem einen Lehrling gleich seine 2 Mark abzog und weiter abziehen will, bis die fünf Mark bezahlt sind. Urlaub für diese armen Lehrlinge gibt es nicht. Das sind dort ungekannte Dinge. Nur eine Ausnahme macht man, indem man dem einen Lehrling, der das Glück hat, nicht von armen Eltern zu stammen, sondern der Sohn eines Baumeisters ist, 6 Tage Urlaub gab. Warum geht das bei den anderen 10 Lehrlingen nicht? Vielleicht bestehen mit dem Baumeister gute Geschäftsverbindungen! Jungarbeiter! Organisiert euch, damit ihr eine geschlossene Phalanx bildet, wie eure Ausbeuter es euch gegenüber tun, um ihnen Paroli zu bieten. Der Metallarbeiterverband mag hier einmal nach dem Rechten sehen! Werbearbeit gibt es dort für ihn in Menge!

Direkte Begleichung der Gasrechnung

Das Betriebsamt schreibt uns:

Die Abnehmer von Gas, Wasser und elektrischem Strom aus den städtischen Werken sind berechtigt, die Rechnungsbeträge über ihren Verbrauch sofort an den Ueberbringer der Rechnung zu bezahlen, wenn dieser die mit dem Kassenstempel des Betriebsamtes versehene Quittung aushändigt. Dieses Einhebungsverfahren bietet den Abnehmern Bequemlichkeiten und Geld- und Zeitersparnisse, da für sie der Weg zur Kassenstelle oder der Aufwand für Straßenbahn oder Postgebühren wegfällt. Die Verbrauchsrechnungen werden in regelmäßigen Zeitabschnitten von 10 Wochen vorgelegt, so daß der Abnehmer genau weiß, wann er die nächste Rechnung zu erwarten hat und den Rechnungsbetrag dafür bereithalten kann. Das Betriebsamt ersucht, von dem Rechte der Zahlung an den Ueberbringer tunlichst regelmäßig Gebrauch zu machen, da andernfalls durch starke Belastung der Kassenstellen oder bei Zahlungsverzug den Werken unproduktive Unkosten entstehen, die sich unter Umständen in den Tarifen auswirken können. (!) Die Grundpreise (für Gas und Wasser 17 Pf., für elektrischen Strom 45 Pf.) sind in den letzten Jahren trotz der wirtschaftlichen Krise, die auch die städtischen Werke nicht unberührt gelassen hat, unverändert geblieben. Der Vergleich der Dresdner Preise mit den Preisen in anderen deutschen Großstädten zeigt, daß Dresden zu den Städten zählt, die die niedrigsten Tarife haben.

Ehe und Eros

war das Thema, unter dem in einem von F. Ries veranstalteten Vortrag Kaplan Fahsel den neuesten Seelenfang der katholischen Kirche vor einem andächtigen und in Gott ergebenen Dresdner Publikum betrieb. Nicht der an und für sich belanglose, ja völlig geistlose und widerwärtige Inhalt seiner Lobpreisungen des Sakramentes der Ehe ist es, der uns veranlaßt, diese Veranstaltung auch nur eines Wortes zu würdigen. Es wäre ja nur allzu leicht, die vom Redner aufgestellte Behauptung Ehe und Eros nur als Gleichnis für die Liebe Gottes zu den Menschen zu dem ganz folgerichtigen Gegenbeweis zu benutzen und aus dem wahrhaft gottgefälligen Zustand aller heutigen bürgerlichen Ehen auf die vorhandene „Liebe" Gottes zu den Menschen zu schließen. Und hier wäre der Ausgangspunkt einer Besprechung, wenn sich eine solche überhaupt lohnte. Aber auf den Inhalt dessen, was die Kirche zu sagen hat, kommt es ja weder heute, noch kam es jemals früher an. Nur das „wie" interessiert. Und in den Methoden zeigt sich die Kirche heute ebenso skrupellos wie vor tausend Jahren und zuvor. Lockt man nun mit den Sentenzen und Aussprüchen des Apostels Paulus keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor, so muß eben Nietzsche und Plato herhalten, um die ungenießbare Speise schmackhaft und würzig zu machen und noch den haarsträubendsten Verdrehungen, Deutungen und Symbolismen, mit welchen ja alles zu beweisen ist, ist die Mücke von der herrlichsten Schöpfung der griechischen Kultur, dem Gastmahl Platos zur unerquicklichsten Ausgeburt menschlichen Denkens, dem heiligen Sakrament der Ehe geschlagen. Und läßt sich die priesterliche Askese nicht mehr mit den Eingebungen eines heiligen Augustin beweisen, so muß eben, um auch einmal mit den Worten dieses Kaplan Fahsel zu reden, die „vierwöchige Enthaltung vom Geschlechtlichen" eines modernen Boxers vor seinem Kampf in der Arena herhalten, um — die „Heiligkeit" der Priester und Mönche zu beweisen. Nun, soweit wenigstens ein positives Ergebnis dieses fruchtlosen Abends, die Gewißheit nämlich des unaufhaltsamen Abwärts der Kirche, die sich in ihrem richtigen Instinkt mit dem Boxer der Arena auf eine Stufe zu stellen weiß. Doch würde sie sich in ihrem krampfhaften Kampfe um ihre Selbsterhaltung nur auf ihren Instinkt verlassen, so gäbe es schon längst keine Kirche mehr, hätte sie nicht einen Verbündeten im Menschen, der ihr die treueste Gefolgschaft leistet, die schon unausrottbare Dummheit, die auch einem gewissen Dresdner Publikum nicht abhold ist und „zu 1½ Stunden lang in die fesselnden Ausführungen des Redners zwang", wie in den bürgerlichen Tageszeitungen zu lesen ist.

A. J.

Die Dresdner Erwerbslosen organisieren den Kampf für ihre Forderungen

In einer Reihe von Bezirks-Erwerbslosenversammlungen, die gut besucht waren, nahmen die Dresdner Erwerbslosen Stellung zu den Vorgängen im Stadtparlament. Die Stimmung in den Versammlungen zeigte, daß sie nicht länger gewillt sind, ohne Widerstand zu verelenden. Kampf ist die Losung!

Am 21. Januar waren die Erwerbslosen der Stempelstelle Leuben im Gasthof Leuben versammelt. Gen. Stv. Heinrich Wagner referierte über die Entwicklung der Erwerbslosenfürsorge, -unterstützung, -versicherung und zeigte die Entwicklung von der Vorkriegszeit bis heute. Die von der Reichsregierung geplante Erwerbslosenversicherung muß rücksichtslos bekämpft werden. Der Beifall bewies daß die Versammelten mit den Ausführungen einverstanden waren. Folgende Anträge wurden einstimmig angenommen:

Die am 21. Januar 1927 im Gasthof Dresden-Leuben tagende Erwerbslosenversammlung protestiert energisch gegen die geplante Kürzung der Erwerbslosenunterstützung. Die Erwerbslosen fordern von den maßgebenden Bezirks- und Landesinstanzen, bei den Reichsstellen dahingehend vorstellig zu werden, daß:

1. **die Erwerbslosenunterstützung um 50 Prozent erhöht wird, desgleichen die Familienzuschläge;**
2. **Wegfall der Karenzzeit;**
3. **Erwerbslosenunterstützung wird für die gesamte Dauer der Erwerbslosigkeit gewährt;**
4. **Gewährung von Kurzarbeiterunterstützung bei jeder Kurzarbeit, ohne Karenzzeit, in Höhe von 50 Prozent des ausgefallenen Lohnes;**
5. **Anerkennung der Reichs-, Landes- und Bezirkserwerbslosenausschüsse von den Körperschaften sowie Beratungs- und Stimmrecht der von den Erwerbslosen gewählten Vertreter in den maßgebenden Körperschaften.**

Die Erwerbslosen betrachten eine Verminderung der Erwerbslosenunterstützung als eine in das Wirtschaftsleben tief einschneidende und ungerechte Maßnahme, zumal dadurch das Elend der Erwerbslosen ins Unermeßliche gesteigert und die Kaufkraft auf ein Minus herabgedrückt wird, welches wiederum tausende und aber tausende kleiner Geschäftsleute dem Ruin entgegentreibt, die dann ebenfalls der Erwerbslosenfürsorge zur Last fallen werden.

Ferner wird darauf hingewiesen, daß Länder wie Holland, Spanien, Belgien, Oesterreich, die Tschechoslowakei sowie Sowjetrußland Erwerbslosenunterstützungen in Höhe von 80, 70, 65, 60 und 50 Prozent des verdienten Lohnes zahlen, ungerechnet der Naturalien und Mietbeihilfen usw., welche zum Beispiel in Sowjetrußland gewährt werden. Deutschland, das sich heute noch rühmt, die besten sozialen Einrichtungen zu besitzen, scheut sich aber sogar, die ursprünglich angenommenen 40 Prozent des verdienten Lohnes als Erwerbslosenunterstützung zu zahlen. Länder, die auf Grund ihrer politisch-wirtschaftlichen Struktur schlechter gestellt sind wie Deutschland, zum Beispiel Oesterreich, Belgien, Tschechoslowakei usw. bringen also der Not ihrer Erwerbslosen besseres Verständnis entgegen wie Deutschland.

*

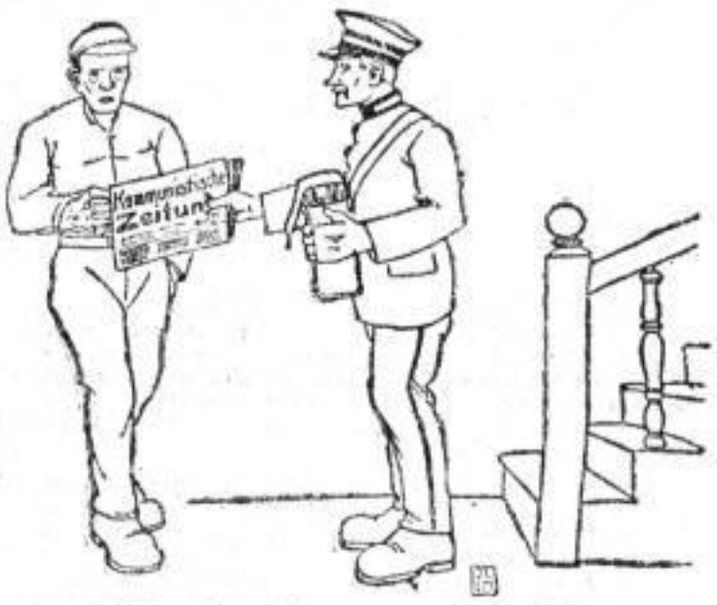
Die Versammelten fordern vom Rat zu Dresden, daß er dem Beschluß des Stadtverordnetenkollegiums betreffs Lieferung von 3 Zentner Kohlen monatlich an alle Erwerbslosen beitritt und ab Monat Januar das Quantum zur Verteilung bringt.

Der Finanzausschuß wird ersucht, den Antrag Schneider und Gen. betreffs Verbilligung der Straßenbahnfahrkarten sofort zu behandeln, daß die Erwerbslosen ab 1. Februar in den Genuß der verbilligten Karten kommen.

Nach Wahl eines Erwerbslosenausschusses wurde die vom Kampfgeist getragene Versammlung geschlossen.

Kommunistische Stadtverordnetenfraktion. Auskunft in kommunalen Angelegenheiten wird jeden Dienstag, nachmittags von 5 bis 7 Uhr, im Parteibüro, Columbusstraße 9, erteilt.

Ausschreibung der Kanzleibedürfnisse für die städtische Verwaltung einschl. der Tinten für die Schulen. Die Lieferung eines Teiles der von der städtischen Verwaltung in der Zeit vom 1. April 1927 bis 31. März 1928 benötigten Kanzleibedürfnisse als Schreibpapier, Aktendeckel, Löschpapier, Briefumschläge, Federhalter, Bleistifte, Tintenstifte, Stahlfedern, Radiergummi, Heftzwirn, Bindfaden, Gummiarabicum, Tintenfäßer, Tintenlöscher, Kopierzwecken, Schwammdosen mit Schwamm, Schreibmaschinenpapier, Abzugspapier und Schreibmaschinenöl sowie der Tinten für Kanzleien und Schulen soll vorbehaltlich der Teilung der Lieferung und der Auswahl unter den Bewerbern vergeben werden. Vordrucke zu Preisangeboten werden bei der Wirtschaftsverwaltung, Rathaus, Erdgeschoß, Eingang an der Kreuzkirche 5, verabfolgt. Die Angebote sind in verschlossenen, versiegelten und mit der Aufschrift: „Ausschreibung von Kanzleibedürfnissen" versehenen Umschlägen bis zu Beginn des Montag, den 14. Februar d. J. vorm. 10 Uhr im Rathaus, 2. Obergeschoß, Zimmer 253, stattfindenden Eröffnungstermins zu welchem die Bewerber oder deren Bevollmächtigten Zutritt haben, bei der Wirtschaftsverwaltung unter Beifügung von Mustern — Tintenpulver nur in aufgelöstem Zustand — einzureichen. Die Bewerber bleiben bis 15. März 1927 an ihr Angebot gebunden.



Werbt für eure Presse!

Eine Berichtigung des Stahlhelms.

In Nr. 16 unserer Zeitung brachten wir einen Bericht der Volkszeitung zum Abdruck, der sich mit den Vorkommnissen in der Hausflur des Stahlhelmheims beschäftigte. Auf Grund dieses Abdrucks sendet uns Rechtsanwalt Klöckner im Auftrag der Stahlhelmführer Hauffe und Graßmann unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes folgende Berichtigung:

1. Weder ist seitens eines Angehörigen des Stahlhelms ein Schlagring benutzt worden, noch ist einer der Beteiligten bewußtlos geworden.
2. Die Herren Hauptmann a. D. Hauffe und Oberleutnant a. D. Graßmann haben sich an der Schlägerei nicht beteiligt, sie haben im Gegenteil nur eingegriffen, um eine weitere Schlägerei zu verhindern und die Streitenden getrennt."

Freigegeben. Der seit 15. November 1926 gesperrte Teil der Antonstraße zwischen Kaiser- und Hansastraße wird für den Verkehr wieder freigegeben.

Gesperrt. Wegen Kanalbaues in der Straße 22 ist die Bärnsdorfer Straße zwischen Friedensstraße und Sportplatz auf die Dauer der Arbeiten für den Fahr- und Reitverkehr gesperrt.

Was der Mond erzählt. Wie das städtische Verkehrsamt mitteilt, wird Direktor Kißhauer unter Zuhilfenahme des künstlichen Sternenhimmels und einer großen Anzahl vorzüglicher Lichtbilder heute, den 26. Januar, abends 8 Uhr im Planetarium einen Sondervortrag über die großen und kleinen Geheimnisse unseres Erdbegleiters halten. Der Mond ist unser Nachbar im Weltenraum, er steht nur knapp 400 000 Kilometer von uns entfernt. Auf keinem anderen Himmelskörper können wir so deutlich wie bei ihm die Oberflächenbeschaffenheit studieren. Aber auch sonst ist er interessant, weil auf ihn die erste Zeitrechnung begründet wurde und seine Beobachtung zur Kenntnis des Planetenweges führte.

Neue Kraftomnibushaltestelle auf der Hauptstraße. Am Dienstag, den 25. dieses Monats wurde für die Kraftomnibuslinien A, B und E auf der Hauptstraße, landwärts vor der Einmündung „An der Dreikönigskirche", eine Haltestelle errichtet. Die Haltestelle wird in der Richtung landwärts „Ritter- und Tiergartenstraße" und in der Richtung stadtwärts „An der Dreikönigskirche" abgerufen.

Das Schicksal eines Staatenlosen

(Arbeiterkorrespondenz.)

Eibau. Nach dem Weltkriege zog der russische Kriegsgefangene Johann Arlachow vor, in Deutschland zu verbleiben, da ihm alle Rußlandgegner und auch sein damaliger Brotgeber verschwafelten, im Falle seiner Rückkehr nach Rußland könne er seine Verwandten nicht mehr antreffen, da sie von den Bolschewisten ermordet seien. Seit deren Macht sei seine Heimat die Hölle Europas. Arlachow, gutmütigen Charakters, glaubte dem, erkannte nicht, daß umgekehrt die deutsche Republik ihm zur Hölle werde. Eine Deutsche wurde seine angetraute Lebensgefährtin, für seine Scholle wollte er schaffen, insbesondere für seine zwei Kinder, die sich in kurzer Zeit dazugesellten. Mit Liebe und Hingabe sorgte er für sein entraumtes Familienglück. Jedoch, als Sklave der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, begann sein Golgatha. Als billiges Ausbeutungsobjekt trat er seinen Frondienst in dem bekannten Oberlausitzer Keramischen Werke an. Für den Direktor Baum und sein Jungdosöhnchen ein billiges Ausbeutungwesen. Eine „freundliche" Aufnahme folgte in der Unterbringung dieser Familie in einer Werkswohnung, die den Namen Schweinestall besser verdient hätte. Dies beleuchtet schon von vornherein den Leidensweg, den Arlachow beschreiten durfte. Im Ort bekannt als tüchtiger, williger Arbeiter, glaubte die Firma, ihn zu Arbeiten verwenden zu können, vor denen andere gern einen großen Bogen machten. Der Herr Direktor beförderte ihn zum Nachtwächter, ein Amt, das auf Grund des niedrigen Lohnes kein Mensch in der Umgebung übernahm. Hunger und Entbehrungen waren in Arlachows Hütte ständiger Gast. Wurden ihm doch von dem kargen Wochenlohn 5 Mark als Miete für seine elende Behausung in Abzug gebracht. Herr Direktor Baum glaubte ihm den Vorschlag zu machen, er solle in seiner freien Zeit die Steine in der Lehmgrube zu einem Meter zusammentragen, dann schlagen und an die Gemeinde verkaufen. Ein solches Ansinnen war dem Russen Arlachow doch zu toll. Er lehnte diese Arbeit ab. Fristlose Entlassung unter Bezugnahme auf gesetzliche Bestimmungen, wonach keine Ausländer beschäftigt werden dürfen, war der Lohn seitens des Direktors. Seit Ostern 1923 ohne Arbeit, ohne Unterstützung für seine Familie, vom Angestellten Hoffmann (SPD) vom Arbeitsnachweis mit dem Hinweis auf Gesetzesparagraphen vertröstet, suchte er vergeblich einen Ausweg aus seiner trostlosen Lage. Innere Kämpfe, völlige Verzweiflung trieben ihn in der Nacht vom 13. zum 14. Januar zum Selbstmord.

Die gesamte arbeitende Bevölkerung ist in heller Empörung um so mehr, da die amtlichen Stellen sich mit dem Wort Ausländer zu entschuldigen suchen.

Bei dieser Sachlage mußte es geradezu provozierend wirken, daß die Kirche, die für die lebenden Proleten nichts als den Trost für das Jenseits übrig hat, durch Pastor Hahn am Grabe den Nachweis zu führen versuchte, daß sie von seiner Not und seiner Familie Elend nichts gewußt habe.

Arbeiter, so sieht die Fürsorge im kapitalistischen Deutschland aus. Während im kommunistischen Rußland jeder Arbeitende, gleichviel welcher Nationalität, volles Heimatrecht besitzt, gehen deutsche wie russische Arbeiter in Deutschland durch das kapitalistische System,

Rationalisierung zur Sicherung des Unternehmerprofits,

mit ihren Familien elend zugrunde.

Arbeiter, Klassengenossen, erkennt eure Macht, reiht euch ein in die Kampffront der Ausgebeuteten. Lest und abonniert die Arbeiterstimme, die allein den Kampf gegen dieses System führt.

Freital. Auf Grund unseres Artikels „Schutz vor den Ordnungshütern" wurde gegen den Polizeiwachtmeister Rothe in Potschappel nach Meldung der Volkszeitung das Disziplinarverfahren eingeleitet.

Achtung! Kolporteure und Zeitungsobleute!

In der Woche vom 24. bis 30. Januar finden in allen Unterbezirken wieder Kolporteurkonferenzen statt. Die Konferenzen haben diesmal den Zweck, die von der Partei festgesetzte Werbekampagne für die Arbeiterstimme zu unterstützen. Die Konferenzen finden statt:

UB Freital: Mittwoch, den 26. Januar, abends 7 Uhr im Döhlener Hof.

UB Pirna: Mittwoch, den 26. Januar, abends 7 Uhr Volkshaus.

UB Bautzen: Freitag, den 28. Januar, abends 7 Uhr Schulz, Wendischer Graben.

UB Bischofswerda: Sonnabend, den 29. Januar, abends 6,30 Uhr Werners Restauration, Altmarkt.

UB Zittau und Ebersbach: Sonntag, den 30. Januar, vormittags 9,30 Uhr in der Volksküche in Zittau, Böhmische Straße.

Restloses Erscheinen erwartet **Der Verlag.**

Rundfunk

Donnerstag, den 27. Januar.

4,30—6 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber.
6,30—7 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. G. v. Esteren und C. M. Alfieri: Spanisch für Fortgeschrittene.
7—8 Uhr: Alfred B. Heuß zum 50. Geburtstag. Mitwirkende: Martha Adam (Gesang), Diez Weismann (Violine), Alfred Simon (Klavier).
8 Uhr: Wettervoraussage, Schneebericht und Zeitangabe.
8,15 Uhr: Rilke-Gedächtnisfeier. Mitwirkende: Dr. Felix Zimmermann-Dresden, Kolbe-Streichquartett aus Wien, Lore Lürmann (Rezitationen), Trude Schöne-Knüpfel (Gesang), Theodor Blumer (Klavier).
10,15 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.

Funkstille.

Verantwortlich für den Dresdner und Ostsachsenteil: Bruno Goldhammer, Dresden, für den gesamten übrigen Inhalt: Willy Schneider, Freital. — Druck: „Peuvag", Druckereifiliale Dresden.

Arbeitersport

Bezirksvertretertag des Fußballbezirks Oberlausitz in Löbau

Zur Geschäftsleitung der Tagung werden gewählt: 1. Vors. Muschick, Bautzen, 2. Vors. Otto Wagenknecht Löbau, Schriftführer A. Wagenknecht. Die Jahresberichte der Funktionäre lassen einen kleinen, jedoch allgemeinen Fortschritt durchblicken. Dem Bezirkskassierer wurde Entlastung erteilt. Die Schwarzmeldung des Vereins Olbersdorf tritt nicht in Kraft, da genannter Verein seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. Bedauert wird, daß wir noch nicht in der Lage sind, mehr denn je Abteilungsleiterkurse abzuhalten. Es ist Sorge zu tragen, die Unfälle beim Sportbetrieb herabzumindern. Jeder hat für Verbreitung unserer Presse zu agitieren. — Die Wahlen ergaben fast ausschließlich die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Das Amt des Schiedsrichter-Obmannes wird anderweitig besetzt. — Gen. Brückner, Radeberg, referierte über: Wir und die bürgerlichen Sportverbände. Er verstand ausgezeichnet, die tiefen Gegensätze zwischen unseren und den bürgerlichen Methoden zu skizzieren. — Ein Antrag Löbaus wegen Ansetzung der Schiedsrichter zur Serie wird abgelehnt. Der 1. und 2. Vorsitzende erhalten auf Antrag für Unkosten usw. eine kleine finanzielle Entschädigung. — Die ungenügende Prüfungsmöglichkeit der Schiedsrichter wird bemängelt. Gemäß der Serienergebnisse müssen VfR 1 Löbau und Großdubrau 1 ein Befähigungsspiel um die 1. Kl. austragen. Gewünscht wird vom Bezirk, den Kreis immer wieder zu veranlassen, mehr Mannschaften aus dem Dresdner Bezirk nach der Oberlausitz zu schicken. Für Einhaltung der Fristen zum Kauf der Bundesschulmarken ist Sorge zu tragen. A. W.

ATuSpV, 12. Bezirk. Jahresprogramm: 30. 1. Wintersportkursus im Lausche-Gebiet; 6. 2. Bezirkstag in Zittau; 27. 2. Jugendlehrstunde in Reichenau, 3. Gr.; 12. u. 13. 3. Jugendlehrstunde in Großschönau, 1. Gr.; 20. 3. Jugendlehrstunde in Ostritz, 4. Gr.; ? Jugendlehrstunde in Zittau, 2. Gr.; 3. 4. Schiedsrichterkursus f. Turnspieler in Zittau; 24. 4. Bez.-Vorturnerstunde in Zittau; 8. 5. Lehrstunde f. Sportwarte in Zittau; 14. 5. Fußballwettspiel Bez. Oberlausitz gegen Dresdner Städtemannschaft; 15. 5. Lehrstunde f. Mädchenturnen in Zittau; 21. u. 22. 5. 25jähr. Gründungsfest ATuSpV Zittau; 22. 5. Große Werbestaffel in Zittau; 29. 5. Lehrstunde f. Kampfrichter in Zittau; 25. u. 26. 6. Kindertreffen in Reichenau; 2. bis 6. Juli Bundesfest in Prag; 3. 7. Turnspielertreffen; 9. u. 10. 7. Ausscheidung f. Leichtathletik in Rohnau anläßlich der Platzweihe Rohnau-Hirschfelde; 20. u. 21. 8. Bezirksfest in Zittau; 4. 9. Herbstwaldlauf im Gelände der 1. Gr.; 16. 10. Lehrstunde für Frauenturnen in Zittau; 23. 10. Lehrstunde f. Knabenturnen in Großschönau; 5. u. 6. 11. 2-Tage-Kursus f. Männerturnen in Zittau; 4. 12. Vorturnerprüfung in Zittau.

ATuSpV. Dresdner Wettkampfausschuß. Mittwoch, den 26. Januar: Generalversammlung um 7 Uhr im Volkshaus.

Turnerschaft Striesen. Sonntag, den 30. Januar, nachm. 2,30 Uhr im Volkshaus Ost: Generalversammlung des Gesamtvereins. Nachdem gemütliches Beisammensein mit Tänzchen. Mitgliedsbücher sind am Eingang vorzulegen. — Sonntag, den 6. Februar: Turnfahrt nach dem Basteigebiet. Treffen früh 5,45 Uhr Kuppelhalle Hauptbahnhof. Sonntagskarte lösen bis Rathen.

Fußballabteilung Klotzsche. Sonnabend, den 29. Januar, 7 Uhr bei Fissels in Hellerau: Monatsversammlung.

Arbeitersportkartell Plauenscher Grund. Sonnabend, den 29. Januar, abends 7,30 Uhr: Generalversammlung im Restaurant Stadt Freital. Auf 50 Mitglieder entsenden die Vereine einen Delegierten. Vorstandsmitglieder um 6 Uhr Vorstandssitzung.

Freie Wassersportvereinigung, 4. Kreis, 2. Bezirk. Am 30. Januar, früh 9 Uhr findet im Dresdner Volkshaus unser diesjähriger öffentlicher Bezirkstag statt. Jeder Delegierte hat sich über Gewerkschaft und Parteizugehörigkeit auszuweisen. Die Kirchenaustrittsbescheinigung nicht vergessen! Vereinschroniken sind den Delegierten mitzugeben. — Donnerstag, den 27. Januar, abends 7 Uhr im Günthbad Wasserballspiel: Kreis gegen Bezirk.

Arbeiter-Samariterkolonne Königsbrück. Der diesjährige Kursus beginnt am Dienstag, den 1. Februar, abends 8 Uhr im Heinrichsbad. Anmeldungen werden noch angenommen.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität", Bez. Groß-Dresden. Sonntag, 30. Jan.: Familienausflug (Bezirk) nach Hosterwitz. Treffen nachm. 2 Uhr Körnerplatz (Loschwitz) aller Abteilungen. — Altstadt und Neujahrerabteilung. Freitag, 28. Jan., Kristallpalast, Schäferstraße: Gründungsfeier mit Ehrung der 20jähr. Bundesjubilare. Einweihung des Hometrainerapparates mit Bühnenradrennen. Radballspiele. Anfang 7 Uhr. Die Mitglieder aller Abteilungen müssen sich diese interessante Veranstaltung ansehen, um auch Gegner des Radrennens bekehren zu können! — Cotta. Sonnabend, 29. Jan., Schusterhaus, Hamburger Str.: Hometrainerabend, Radrennen auf der Bühne (Radballspiele, Reigenfahren). Anfang 7 Uhr. Swornost. Sonnabend, 29. Jan., Rest. Smy, Christianstr. 22; Versammlung. Beginn 7,30 Uhr.

Proletarische Freidenker und Verein für Feuerbestattung, Bezirk Oberelbe, Schandau u. Umg. Sonnabend, 29. Januar, abends 7 Uhr im Ringhotel: Wichtige Mitgliederversammlung. Jedes Mitglied beider Organisationen muß anwesend sein. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. — Sonntag, den 30. Januar, nachm. 2,30 Uhr, findet die erste Vorbereitungsstunde der zur Jugendweihe Gehenden im Erbgericht Postelwitz statt. Eltern sind hierzu eingeladen.

„Freunde der freien Schule", 53. Volksschule (Fiedlerplatz. Mittwoch, den 26. Januar, Punkt 7,30 Uhr im Restaurant Union, Huttenstraße: Hauptversammlung. Anschließend musikalische Unterhaltung.

Versammlungskalender

Kommunistische Partei.

Donnerstag, den 27. Januar:

Stadtteil Zentrum 2. Abends 7,30 Uhr Rußlandkursus bei Frommhold, Gerokstraße.

Stadtteil Striesen. Abends 7,30 Uhr im Glasewaldthof Rußlandkursus.

Kommunistischer Jugendverband

Mittwoch, den 26. Januar:

Johannstadt. 7,30 Uhr Gruppenabend im Restaurant Frommhold, Gerokstraße 7. Lehrer Zinke spricht über: „Jugend und Religion".

Gorbitz. 6 Uhr Versammlung im Restaurant Möbius. Vorlesungen aus dem Sozialistengesetz.

Donnerstag, den 27. Januar:

Pieschen. 7,30 Uhr Bürgerhof, Bürgerstraße, Gruppenabend. Referat: Rote Armee. Ein Genosse, welcher in Rußland war, spricht über das Thema.

Neustadt. 7,30 Uhr im Kamerad, Oppellstraße, Gruppenversammlung. Thema: Fragekastendebatte. Gäste willkommen.

Kaditz. 7,30 Uhr im Trachauer Hof Gruppenabend. Gäste willkommen.

Laubegast. Abends 7,30 Uhr in Meißners Restaurant Gruppenabend. Januarkämpfe.

Zschachwitz. 7 Uhr im Restaurant Lehmann, Simonstraße (nicht Gasthof) „Was trennt die KJ von der SAJ und Anarchie?" Gäste willkommen.

Roter Frontkämpferbund

Donnerstag, den 27. Januar:

Schalmeienkapelle Dresden-Neustadt. 7,30 Uhr Pflichtdienst Freiberger Platz.

Lockwitz. 7 Uhr Funktionärsitzung bei Kam. Bräuer.

Freitag, den 28. Januar:

Ortsgruppe Bannewitz. Die für Freitag angesetzte Abteilungsversammlung fällt aus und findet am Sonntag, 30. Januar, vorm. 9,30 Uhr im Amselgrund statt. Referent Kam. König, Schlesien.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Freitag, den 28. Januar:

Lockwitz. 6,30 Uhr Versammlung im Unteren Gasthof. Abrechnung. Neuwahlen.

Amtliche Bekanntmachungen

— Freital —

Freibank. Donnerstag, den 27. Januar, ab 8 Uhr vormittags findet Verkauf von Rindfleisch in rohem Zustand auf der Freibank im Stadtteil Deuben, Feuerwehrhof, Wehrstraße, statt. Preis pro Pfund 40 Pfennig.

Der Rat der Stadt Freital, den 26. Januar.

Achtung! Donnerstag — Freitag die letzten Tage unseres **Inventur-Ausverkaufes!** Machen Sie noch ausgiebig Gebrauch davon, Sie kaufen enorm billig und gut bei uns.

Albert Langer, fr. E. Rohr Nachf., Pirna, Dohnasche Straße 2

Theater am Wasaplatz
Montag, den 24. bis mit Sonnabend, den 29. Januar, täglich 8 Uhr abends:
Veronika
Ein Frauenschicksal in 4 Akten von Hans Müller
Hauptrolle: Clare Rodel
Sonntag, den 30. Januar, nachm. 4 Uhr:
Schneewittchen u. die 7 Zwerge
Abends 8 Uhr:
Veronika
Montag, den 31. Januar, 8 Uhr abends:
Veronika

Tymians Täglich **Das Thalia-Theater** 8 Uhr einzige wirkliche Volkstheater Dresdens
Vorzugskarten außer Sonntag giltig!

Mifa — Urania
u. Spezial-Fahrräder - günst. Bedingungen, billige Preise
Lehmann, Tharandter Str. 72

Ein großer Posten neue **Bettfedern** in bekannter Güte sind wieder eingetroffen, weiß, daunig und staubfrei, von 3.70 Mk. bis 5.70 Mk. und empfiehlt
Lehnert, Filippsdorf bei Neugersdorf, neben dem unteren Zollamt

Roter Front-Kämpfer-Bund
Ortsgruppe Großröhrsdorf
Sonnabend, den 29. Januar 1927 im Nieder-Gasthof
ROTER ABEND
mit Theater und Aufführungen der Artistengruppe Rödertal, anschließend Tanz, unter Mitwirkung der Schalmeienkapelle Radeberg

Arbeiter! kauft bei den **Inserenten** der **Arbeiterstimme**

Damen empfehle Spülapparate, Spülkannen, Leibbinden, Schläuche sowie sämtl. hyg. Frauenartikel
R. Freisleben Postplatz
Man achte auf Firma!

Ernst Busch Zwickauer Str. 110 **Möbelgeschäft**

GENOSSE **ARNO RITTER** empfiehlt sich zur Anfertigung von Herren- u. Damen-Garderobe n. Maß
Es kommen nur beste Zutaten zur Verarbeitung. Bei Mitbringen von Stoff von 40 Mk. an. Teilzahlg. gestattet. Karte genügt, komme ins Haus.
Radeberg, Dresdner Str. 10, I.

Kaiser Auszug Mehl | Hart Weizen Grieß | T. BIENERT DRESDEN Hafenmühle Hofmühle | Kinder Weizen Grieß | Haushalt Weizen Mehl

Die Zeit der Rasenbleiche ist noch fern. Trotzdem ist es möglich, mühelos eine blütenweiße Wäsche zu erzielen mit Rumbo-Überalles, dem selbsttätigen Waschmittel, welches frei von Chlor und ätzenden Bestandteilen ist und somit Gewähr für größte Schonung der kostbaren Wäsche bietet. Rumbo-Überalles wird kalt aufgelöst, über die zu waschende Wäsche geschüttet bis diese vollkommen bedeckt ist. ¼ Stündchen kochen am nächsten Tage genügt, um eine Wäsche wie durch Rasenbleiche zu erzielen. Machen Sie einen Versuch, Sie werden überzeugt sein. Zu haben in allen einschlägigen Geschäften. Preis 45 Pfennige.
Rumbo-Seifen-Werke / Freital i. Sa.
Herstellerin der beliebten Rumbo-Seife.

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung E. V.
Ortsgruppe Meißen
Sonnabend, den 29. Januar 1927, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal)
Haupt- und Verschmelzungsversammlung
der Mitglieder der Gemeinschaft proletarischer Freidenker sowie der Mitglieder des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung
Tagesordnung: 1. Jahres- u. Kassenbericht; 2a. Bericht von der Hauptversammlung d. G. p. F.; 2b. Bericht von der Hauptversammlung d. V. d. F. f. F.; 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes; 4. Verschiedenes.
Es ist Pflicht der Genossen beider Organisationen zahlreich zu erscheinen.

Kluge Eheleute! Alles saubt. Bed.-Art. f. Männer, Frauen, Säuglinge / Gummiwaren, Spülapparate R. Freisleben, Dresden-A., Postplatz

V.O. LICHTSPIELE
Schandauer Str. 73, Ecke Altenberger Straße
Achtung! Donnerstag bis mit Sonnabend Großes Doppelprogramm Achtung!
Großfeuer! u. Snouk, der Eisbärjäger
(Großer Kulturfilm). Sitten und Gebräuche der Eskimos
11 Akte
Überall mit groß. Erfolg aufgenommenes Programm
Anfang ½7 und ¼9 Uhr
Sonnabend, nachm. 3 Uhr
Große Kindervorstellung
Snouk der Eisbärjäger sowie ein reizendes Lustspiel
Einlaß ½3 Uhr

Werbt neue Abonnenten!

Gewaltige Ermäßigungen bringt unser **Inventur-Ausverkauf!**
Wer diese Spargelegenheit noch nicht wahrgenommen, unterlasse nicht, Versäumtes nachzuholen
Außergewöhnliche Gelegenheitskäufe in sämtlichen Abteilungen unseres **Damen-, Herren- und Kinder-Konfektionslagers**
Kaufhaus Fortuna, Freital-Deuben
Größtes Spezialgeschäft des Plauenschen Grundes

Dresdner Fischhallen A.-G. Webergasse 17 Ecke Quergasse ★ Diese Woche besonders billige und gute **Seefische**
Telephon Nr. 21034, 29735 und 13455

Was die Erwerbslosen wissen müssen

Die wichtigsten Bestimmungen der Erwerbslosen-, Notstands- und Krisenfürsorge

Wir veröffentlichen im nachstehenden die für die Arbeitslosen zurzeit wichtigsten Bestimmungen.

Wer hat Anspruch auf Unterstützung?

Um Erwerbslosenunterstützung als sogenannter Hauptunterstützungsempfänger beziehen zu können, müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

„Die Fürsorge wird nur arbeitsfähigen und arbeitswilligen Personen, die sich durch gänzliche oder teilweise Erwerbslosigkeit in bedürftiger Lage befinden, gewährt. Erwerbslosigkeit ist nicht als Kriegsfolge anzusehen, wenn sie durch Ausstand oder Aussperrung überwiegend verursacht ist.“ (§ 3, Abs. 1 der EFV.)

Für die Gewährung der Familienzuschläge gelten die nachstehenden Bestimmungen:

Angehörigen eines unterstützten Erwerbslosen, die gegen diesen einen familienrechtlichen Unterhaltungsanspruch haben oder im Falle seiner Leistungsfähigkeit haben würden und bis zum Eintritt der Unterstützungsbedürftigkeit von ihm ganz oder in der Hauptsache unterhalten worden sind, darf keine selbständige Unterstützung gewährt werden. In solchen Fällen ist vielmehr die Unterstützung angemessen zu erhöhen. (Familienzuschläge.)

Stief- und Pflegekinder eines unterstützten Erwerbslosen stehen Angehörigen, die einen familienrechtlichen Anspruch gegen ihn haben, gleich, wenn sie bis zum Eintritt der Unterstützungsbedürftigkeit ganz oder in der Hauptsache unentgeltlich von ihm unterhalten worden sind. (§ 3, Abs. 2 der EFV.)

Sehr wichtig sind bei der Entscheidung über den Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung die Vorschriften über die Bedürftigkeitsprüfung. Nachstehend die wichtigsten:

Eine bedürftige Lage ist nur insoweit anzunehmen, als die Einnahmen des zu Unterstützenden einschließlich der in seinem Haushalt lebenden Familienangehörigen derart geringe sind, daß er nicht imstande ist, damit den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten. (§ 7, Abs. 1 der EFV.)

Unterstützungen, die der Erwerbslose auf Grund eigener oder fremder Vorsorge bezieht, sowie Rentenbezüge sind zur Hälfte ihres Betrages auf die Erwerbslosenunterstützung anzurechnen. (§ 7, Abs. 3.)

Was der Erwerbslose durch Gelegenheitsarbeit verdient, wird auf die Erwerbslosenunterstützung nur dann nicht angerechnet, wenn der Verdienst in einer Kalenderwoche 10 Proz. desjenigen Betrages nicht übersteigt, den der Erwerbslose bei voller Erwerbslosigkeit an Unterstützung einschließlich der Familienzuschläge für die Kalenderwoche beziehen würde. Der Mehrbetrag des Verdienstes wird zu 60 Prozent angerechnet. (§ 7, Abs. 4.)

Völlig anrechnungsfrei bleiben:

1. **Unterstützungen, die der Erwerbslose auf Grund eigener Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit bezieht;**
2. **Stillgeld, das eine Wöchnerin auf Grund der reichsgesetzlichen Vorschriften über Wochenhilfe und Wochenfürsorge erhält;**
3. **Zusatzrente, die auf Grund der §§ 88 bis 95 des Reichsversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1923 gewährt wird. (§ 7, Abs. 5.)**

Zu den anrechnungsfreien Beträgen kommen durch ein Sondergesetz noch die Leistungen aus der Wochenhilfe, die bei der Feststellung der Bedürftigkeit nicht als Einnahmen im gemeinsamen Haushalt gerechnet werden dürfen. Die Bestimmung ist so zu verstehen, daß die Wöchnerin selbst neben dem Wochengeld zwar keine Erwerbslosenunterstützung zu beanspruchen hat, dagegen dürfen in Zukunft nicht mehr einem ihrer erwerbslosen Familienangehörigen z. B. ihrem Ehemann, die Beiträge auf seine Unterstützung angerechnet werden.

Ebenso darf kleiner Besitz (Spargroschen, Wohnungseinrichtungen) für die Beurteilung der Bedürftigkeit nicht in Betracht gezogen werden.

Ausländern wird die Erwerbslosenfürsorge gewährt, wenn ihre Heimatstadt deutschen Erwerbslosen nachweislich eine gleichwertige Fürsorge gewährt. (§ 6, Abs. 1.)

Die Entscheidung über die Bedürftigkeit obliegt bekanntlich dem Erwerbslosenfürsorgeamt, dem auch das Recht zur Nachprüfung der beim Protokollführer gemachten Angaben zusteht.

Wer erhält keine staatliche Erwerbslosenunterstützung?

Keinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung haben alle diejenigen, bei denen die Bedürftigkeit verneint ist, und folgende:

Erwerbslosen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, wird die Erwerbslosenunterstützung nicht gewährt. Erwerbslosen, die das 16., aber noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet haben, wird sie nur gewährt, wenn ... festgestellt ist, daß es Personen dieser Altersgruppen nach der allgemeinen Lage des Arbeitsmarktes trotz besonderer Bemühungen erst nach längerer Arbeitslosigkeit möglich sein wird, Arbeit zu erlangen. (§ 5, Abs. 1.)

In diesem Zusammenhang muß auch die folgende Bestimmung erwähnt werden, die ihrer kautschukartigen Fassung wegen unzählige Male Anlaß zum Entzug der Erwerbslosenunterstützung gegeben hat:

Die Unterstützung ist zu versagen oder zu entziehen, wenn der Erwerbslose sich weigert, eine nachgewiesene Arbeit anzunehmen, die auch außerhalb seines Berufs oder Wohnorts liegen darf und ihm nach seiner körperlichen Beschaffenheit zugemutet werden kann. Die Weigerung kann nur damit begründet werden, daß für die Arbeit nicht angemessener ortsüblicher Lohn geboten wird, die Unterkunft sittlich bedenklich ist, und daß bei Verheirateten die Versorgung der Familie unmöglich wird. (§ 13, Abs. 1.)

Der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises kann bestimmte Ausschließungsgründe für den Bezug der Erwerbslosenfürsorge (Mißbrauch der Einrichtung, Nichtbefolgung der Kontrollvorschriften und dergl.) festsetzen. (§ 16, Abs. 1.)

Dauer und Höhe der Unterstützung.

Für die Art, Dauer und Höhe der Unterstützung gelten erstmals die nachstehenden grundsätzlichen Bestimmungen:

Ueber Art, Höhe und Dauer der Unterstützungen für die Erwerbslosen und Kurzarbeiter erläßt der Reichsarbeitsminister Anordnungen nach Benehmen mit dem Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung. (§ 10, Abs. 1.)

Die Familienzuschläge, die ein Erwerbsloser erhält, dürfen insgesamt das Zweifache der ihm gewährten Unterstützung nicht übersteigen (§ 10, Abs. 3.)

Die selbständigen Unterstützungen, die mehrere in einem gemeinschaftlichen Hausstand lebende Familienmitglieder erhalten, dürfen in ihrer Summe das Dreifache der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für eine Person zusteht. (§ 10, Abs. 4.)

Die Unterstützung wird übrigens nur für die sechs Wochentage gewährt, an Sonntagen brauchen Erwerbslose nach Ansicht der Behörden nichts zu essen. Die Unterstützung läuft 39 Wochen vom Tage der Bewilligung ab, nach Ablauf dieser Frist muß der Weiterbezug der Unterstützung sofort in der Expedition der Zahlstelle beantragt werden. Es findet dann eine nochmalige Prüfung der Bedürftigkeit statt; liegt diese vor, dann tritt eine Verlängerung der Unterstützungsdauer um 13 Wochen ein, insgesamt also 52 Wochen.

Für das Wirtschaftsgebiet II (Mitte) gelten vom 8. November 1926 bis 31. März 1927 folgende

Unterstützungssätze pro Tag:

	in den Orten der Ortsklassen A	B	C
1. **für Personen über 21 Jahre:**			
a) **alleinstehende**	2,5	1,91	1,77
b) **nichtalleinstehende, während der ersten acht Unterstützungswochen**	1,78	1,67	1,56
2. **für Personen unter 21 Jahren:**			
a) **alleinstehende**	1,36	1,27	1,17
b) **nichtalleinstehende, während der ersten acht Unterstützungswochen**	1,08	1,01	0,95
c) **nichtalleinstehende, vom Beginn der neunten Unterstützungswoche an**	1,19	1,11	1,03
3. **als Familienzuschläge für:**			
a) **den Ehegatten**	0,55	0,52	0,49
b) **die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige**	0,39	0,37	0,35

Geachtet werden muß hier auf die Trennung in alleinstehende und nichtalleinstehende Personen. Einschließlich der Familienzuschläge darf die Unterstützung folgende Beträge (Spitzensätze) in keinem Fall übersteigen:

1. Während der ersten 8 Unterstützungswochen in den Orten der Ortsklassen A 3,89, B 3,67, C 3,45 Mark.
2. Vom Beginn der neunten Unterstützungswoche ab in den Orten der Ortsklassen A 4,07, B 3,83, C 3,58.

(Fortsetzung folgt.)

Lang am aber sicher — dem Ende zu ...

Vor einigen Tagen hat der englische Minister für Gesundheitspflege dem Parlament folgende „Auskunft“ erteilt: Die „Armenfürsorge“ hat während den Bergarbeiterstreiks — 1893 bis 1926 — folgende Unterstützungen (bzw. „Almosen“) verteilt:

1893 an	2 270 Personen
1898 an	43 751 Personen
1921 an	464 683 Personen
1926 an	**1 162 592 Personen.**

Dieses Zahlenmaterial gibt ein klares Bild davon, wie die „hohen“ englischen Lords den englischen Arbeiter ins Elend jagen. Noch weitere Ziffern beweisen das Eiltempo des Arbeiterelends in England. Im Jahre 1911 betrug die Gesamtsumme für Altersunterstützung zirka 10 Millionen Pfund. Im Jahre 1926 waren es schon rund **26 Millionen**. Im Jahre 1919 erhielten auf jedes Tausend Einwohner 15 Personen in dieser oder jener Form staatliche Unterstützung, im Jahre 1925 **32 Personen.**

Die Arbeiterklasse Englands sinkt von Tag zu Tag in tiefste Armut, sie ist arm wie eine Kirchenmaus. Der reale Verdienst des englischen Arbeiters betrug im Jahre 1924 nur **89 Prozent** vom Arbeitslohn des Jahres **1900!** Die Arbeiter Englands — das sind **30 Prozent** der Gesamtbevölkerung zusammen, mit ihren Familien sind es ⅔ der Landesbevölkerung. Das ist der englische Markt, die Innenbasis der englischen Wirtschaft. Auf einer solchen Basis kann die Wirtschaft des Landes nicht aufblühen. Der Weltmarkt muß ausgenutzt werden.

Der englische Export auf dem Weltmarkt betrug im Jahre 1924 nur 76,1 Prozent der Vorkriegszeit. Im Jahre 1926 ist der Prozentsatz weiter heruntergegangen. Der Haupterport — die Baumwolle-Industrie — betrug Juli 1925 bis Juli 1926 nur 61 Prozent der Vorkriegszeit. Der Baumwolle-Weltbedarf ist dagegen um 8 Prozent gestiegen. „Unser Exporthandel hat stets jegliche Schwierigkeiten überstanden und wird auch heute sich durchringen. Es wäre nicht „britisch“, irgendwelche Zweifel aufkommen zu lassen.“ Mit diesen Worten versuchen sich die Goldmänner aus der Londoner City Beruhigung einzuflößen. Klar denkende englische Wirtschaftler sind jedoch anderer Meinung. Schon längst sehen sie das „Menetekel“ an der Wand leuchten. Die Zahlen, die den wachsenden, organisierten Widerstand der englischen Arbeiterklasse illustrieren, reden eine beredte Sprache.

In den Jahren 1900 bis 1905 gab es rund **17 Millionen** verlorene Arbeitstage. 1906 bis 1911 waren es schon **39 Millionen**, 1912 bis 1917 **72 Millionen**, 1918 bis 1923 brachten 175 Millionen verlorene Arbeitstage.

Der letzte Bergarbeiterstreik allein brachte im Laufe von 7 Monaten **167 Millionen** verlorene Arbeitstage. Was das Jahr 1927 bringen wird, das mögen die Götter wissen!

Der Handel stockt, die Produktion sinkt. Der Arbeitslohn — Hungergroschen. Die Verarmung des englischen Arbeiters schreitet mit Riesenschritten vorwärts. Die Krise läßt sich nicht hemmen. Heulen und Zähneklappern gibt es im Lager der Ausbeuter. Der zähnefletschende „Retter“ Chamberlain karrt als fliegender Holländer durch ganz Europa und wimmert: Faschistengesindel! Vereinige dich!

Gegen den Ausschluß des Konsumvereins Schwarzenberg

Wir haben vor einigen Tagen den Aufruf des Landesvorstandes gegen den Ausschluß der Konsumgenossenschaft Schwarzenberg veröffentlicht, in dem das verräterische Treiben der reaktionären Verbandsinstanzen bloßgelegt wurde. In einer am 9. Januar in Ludwigshafen-Mannheim stattgefundenen Generalversammlung der Dachdecker wurde zu dem Ausschlußantrag gegen Schwarzenberg Stellung genommen und folgende Resolution gefaßt:

„Die heutige Generalversammlung der Dachdecker begrüßt die Werbewoche des Konsumvereins Mannheim und sieht in einer starken Konsumgenossenschafts-Bewegung eine scharfe Waffe gegen den Kapitalismus. Die Versammlung verpflichtet sich, all ihre Kraft der Genossenschaftsbewegung zu widmen und alle Proletarier der Genossenschaft zuzuführen.

Die Generalversammlung weist jedoch mit Entschiedenheit das Begehren des Zentralvorstandes der Konsumvereine Deutschlands zurück, den Konsumverein Schwarzenberg aus dem Genossenschaftsverband auszuschließen. Durch solche Machenschaften ist der Konsumgenossenschaftsbewegung nicht gedient. Die Werbung für die Konsumvereine stößt deshalb auf Schwierigkeiten. Eine Spaltung der Konsumvereinsbewegung wäre durch den Ausschluß des Konsumvereins Schwarzenberg in die Wege geleitet.“

Mit dieser Entscheidung hat die Dachdeckergewerkschaft in Ludwigshafen-Mannheim den Kampf gegen die reformistischen Genossenschaftszerstörer angesagt. Ihrem Beispiel müssen nicht nur alle Arbeitergenossenschaften Sachsens und im Reich, sondern gleichfalls alle proletarischen Organisationen, Gewerkschaften und Sport- und Kulturorganisationen folgen.

Gewerkschaftliches

Bezirksgewerkschaftsabteilung. Freitag, den 28. Januar, abends 7 Uhr Sitzung im Büro.

Deutscher Nahrungs- und Genußmittelarbeiterverband. Freitag, den 28. Januar, nachm. 6 Uhr findet im großen Saal des Dresdner Volkshauses die Generalversammlung statt. Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht. Neuwahl.

Selbmann's Haferkakao Pfund 60 Pf. Grenadierstraße und Filialen

DER SPITZEL

Von Maxim Gorki

(2. Fortsetzung.)

„Sprich lieber nicht über diese Dinge,“ riet ihm Onkel Peter ernsthaft. „Bist noch klein, tummle dich recht munter, daß du stark und gesund wirst. Zum Leben gehört Gesundheit — bist du nicht kräftig genug, um zu arbeiten, dann ist's aus mit dem Leben. Da hast du die ganze große Weisheit . . . für uns Menschen. Und was Gott nottut — das wissen wir nicht . . .“

Er verharrte eine Weile in stillem Sinnen, ohne die Augen dabei vom Feuer abzuwenden, und fuhr dann ernsthaft, in abgerissenen Sätzen, fort:

„Von der einen Seite — seh' ich nichts, von der andern — versteh ich nichts . . . Alles hat er in seiner Weisheit geschaffen heißt es . . . Und doch stimmt nicht alles: die dem Herrgott weihen die dicksten Kerzen, sind oft schlimme Wölfe im Herzen . . . .“

Er schaute sich in der Schmiede um, und als er den Knaben im Winkel bemerkte, sprach er:

„Was drückst du dich hier herum? Tummle dich, sag' ich!“

Und sobald Jewssej dann schlichtern hinausgegangen war, rief der Schmied hinter ihm her:

„Ein Funke kann dir noch ins Auge kommen, und dann wirst du schieläugig. Wer kann einen Schielenden brauchen?“

Als die Mutter noch lebte, hatte sie Jewssej bisweilen Märchen erzählt. Sie erzählte sie ihm während der langen Winternächte, wenn der Schneesturm an die Wände der Hütte klopfte, über das Dach hinlief, alles suchend betastete und schließlich in den Schornstein hineinkroch, wo er in wechselnden Tonarten zu heulen und zu schluchzen begann. Die Mutter erzählte die Märchen mit leiser, schläfriger Stimme, die öfters abbrach, sich verwickelte und in Wiederholungen desselben Wortes verlor. Dem Knaben schien es dann, als sehe er alles, wovon sie erzählte, im Dunklen, wenn auch nur undeutlich, vor sich.

Die Gespräche mit Onkel Peter erinnerten Jewssej an die Erzählungen der Mutter; auch der Schmied schien Gott und den Teufel und das ganze schreckliche Menschenleben im Feuer der Esse zu sehen, und davon weinte er wohl auch beständig. Jewssej hörte seine Reden an und behielt sie gut im Gedächtnis; sie weckten in seinem Herzen das bange Beben der Erwartung, und unmerklich erwachte in ihm die Hoffnung, daß er einmal etwas ganz Besonderes erleben werde, etwas, das ganz anders sein würde als das Leben im Dorfe mit seinen betrunkenen Bauern, seinen bösen Weibern und kreischenden Kindern — etwas anderes, ohne Lärm, ohne Bosheit und Prügeleien, etwas Holdseliges und Ernstes, wie der Gottesdienst in der Kirche.

Der Nachbar des Schmiedes hatte ein kleines blindes Mädchen namens Tanja. Jewssej befreundete sich mit der Kleinen, führte sie im Dorf spazieren, half ihr fürsorglich in die Schlucht hinunter und erzählte ihr, während seine wasserblauen Augen sich ängstlich weiteten, gern von irgend etwas.

Die Freundschaft zwischen den beiden Kindern war im Dorf bemerkt worden und gefiel allgemein. Eines Tages jedoch kam die Mutter der Blinden zu Onkel Peter mit einer Klage: sie erzählte, Jewssej habe Tanja mit seinen Gesprächen große Angst eingejagt, und nun wolle das Mädchen nicht mehr allein bleiben, es weine, schlafe schlecht, werfe sich des Nachts im Bett hin und her, springe auf und schreie.

„Was er ihr eigentlich eingeredet hat, ist nicht recht klar, nur spricht sie in einem fort von Teufeln, und daß der Himmel schwarz sei und ganz durchlöchert, und durch diese Löcher sehe man Feuer — die Teufel schlagen darin Purzelbäume und quälen die Leute ... Was soll denn das? Darf man so etwas einem kleinen Kinde erzählen?“

„Komm einmal her,“ rief Onkel Peter seinem Neffen zu.

Und als Jewssej langsam aus dem Winkel hervortrat, legte er ihm die schwere, rauhe Hand auf den Scheitel und fragte:

„Hast du das gesagt?“

„Ja!“

„Warum?“

„Ich weiß nicht ...“

Der Schmied schob, ohne die Hand fortzunehmen, den Kopf des Knaben zur Seite und sprach, während er ihm in die Augen blickte, in ernstem Tone:

„Ist denn der Himmel schwarz?“

Jewssej murmelte leise:

„Wie denn — sie sieht ihn doch nicht!“

„Wer sieht ihn nicht?“

„Na — Tanja!“

„Ach so,“ sagte der Schmied, sann ein Weilchen nach und fragte dann:

„Und das mit dem Feuer, warum hast du dir das ausgedacht?“

Der Knabe senkte die Augen und schwieg.

„Nun, so sprich doch ... man wird dich nicht schlagen ... Warum redest du ihr solches Zeug vor, warum?“

„Weil sie mir leid tut ...“ antwortete Jewssej im Flüsterton.

Der Schmied schob den Knaben leicht weg und sagte:

„In Zukunft wirst du nicht mehr mit ihr sprechen. Hörst du? Niemals! ... Sei unbesorgt, Tante Praskowja! Dieser Freundschaft wollen wir ein Ende machen.“

„Eins hinter die Ohren sollte man ihm geben,“ versetzte die Mutter der Blinden. „Das Mädchen lebte ruhig für sich, war keinem im Wege — und jetzt darf man sich nicht von ihr wegrühren ...“

Als Praskowja fortgegangen war, nahm der Schmied Jewssej schweigend bei der Hand, führte ihn in den Hof hinaus und fragte da:

„Sprich jetzt vernünftig — warum hast du das Mädchen erschreckt?“

Die Stimme des Onkels klang streng, wenn auch nicht laut. Jewssej bekam Angst und begann sich stotternd zu rechtfertigen.

„Ich habe sie nicht erschreckt ... ich habe nur so ... sie klagte immer ... und sagte: ich sehe nur schwarz, und du — siehst alles — Da sagte ich ihr, daß alles schwarz ist ... damit sie nicht neidisch würde ... Ich habe sie gar nicht erschreckt.“

Er schluchzte laut auf, weil er sich gekränkt fühlte. Onkel Peter aber sprach mit stillem Lächeln:

„Dummkopf! Hättest bedenken sollen, daß es erst drei Jahre her ist, seit sie erblindete. Sie ist doch nicht blind geboren! Von den Pocken ist's bei ihr gekommen. Sie erinnert sich also noch, wie dieses und jenes aussah ... Wie dumm du doch bist!“

„Ich bin nicht dumm ... sie hat mir doch geglaubt!“ erwiderte Jewssej und wischte sich die Augen

„Nun, schon gut. Gib dich nicht weiter mit ihr ab ... hörst du?“

„Ich wills nicht mehr tun ...“

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.

B — Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte für Dresden und Umgegend — B

ALTSTADT

Dresdner Fischhallen
Dresden, Webergasse 17
Ecke Quergasse
Vom Altmarkt aus linke Seite
25124

Reserviert

POSSENDORF b. Dr.

Carl Weise, Inh. Georg Weise
Uhren — Goldwaren — Optik

LEUBEN

Robert Müller
Manufaktur- u. Modewaren
Marktstraße 28 25282

FRIEDRICHSTADT

Fritz Kiefer, Schäferstr. 93
Lebensmittel
25140

Kolonialwaren / Lebensmittel
Adolf Neumann, Weißeritzstraße 74
25147

KÖNIGSBRÜCK

Eugen Martin, Mittelstr. 2
Besonders billig in Textilwaren und Trikotagen 25657

DOHNA

Herrenkonfektion, Trikotagen, Wolle, Strumpfwaren, Wäsche
Margarete Posselt, Königstraße 41
25765

Tabakhaus Carl Gießgen Nachf.
Königstraße 50 25667

Molkereiprodukte / Kolonialwaren
Ernst Heider, Königstraße 25603

Paul Kadner, Königstraße 1
empfiehlt Fleisch- und Wurstwaren

SEBNITZ

W. Reinhard Schmidt, Inh. M. Raschig
Hertigswalder Str. 15, Arbeiterkig., Kleidersi., Wäsche
25750

Reserviert für
Josef Tonkrat
25215

Friedrich Schade & Sohn
Eisenwaren Werkzeuge
Haus- und Küchengeräte 25711

Gasthaus „Nordvorstadt", Alfred Frenzel
Neustädter Str. Vereinsz., Verkehrsl. Arbeitersch.
25705

Emil Häcker
Markt 2
Wollwaren und Herren-Artikel 25707

Walter Schade
Kirchstr. 14
Haus- und Küchengeräte, Spielwaren 25709

Hüte-, Mützen-, Filzwarenlager
Karl Kirchner jr., Langestraße 54
25706

Fritz Böer
Brot- und Weißbäckerei
Hertigswalder Mühle 25706

Ernst Th. Böhme
Markt
Glas, Porzellan
Spielw., Rauchtab.
25775

Franz Bersach
Schuhhandel u. Besohl-Anstalt
Hertigswalder Str. 20
25736

WEINBÖHLA

Schnitt-, Weiß-, Manufakturwaren
Flora Hollisch — Oskar Böhme, Hauptstr. 19
25684

August Reinhold Herren-Artikel, Trikotagen, Wolle, Strumpfwaren, Wäsche
25688

Herbert Pomper Bahnhofstr. 7
Haus- u. Küchengeräte, Leder- u. Spielw.
25661

Schuhwarenhaus Ernst Schröder
Schuhmachermstr., Hauptstr. 6 25636

Lichtspiele Weinböhla
empfehlen sich ebenso 25648

Oskar Händel, Hauptstr. 24
Haus- und Küchengeräte
Eisenwaren / Oefen / Herde
25644

Schuhwarenhaus Eichler, Bahnhofstr. 6
Reparatura 25642

Schweineschlächterei Ernst Göte
Weinböhla 6, Umgang Bachgasse 25639

CENTRAL-

THEATER
Täglich
Große Operetten-Vorstellung
Alles Nähere
siehe Anschlagsäulen 25686

TUNNEL
Täglich
Unterhaltungs-Konzert
mit humoristischen
Einlagen

LEUBEN

Kolonialwaren — Weine Spirituosen empfiehlt
R. Wintermann
Stephensonstraße 54
25781

Warenhaus Kurt Heinze
Dresden-Leuben Stephensonstr. 18
Erstes und ältestes
Geschäft am Platze — Reichhaltige und gutsortierte Lager 25609

Kolonialwaren, Lebensmittel, Tabak, Zigarren
Alwin Bader
Stephensonstraße 16
25795

Weiß- u. Wollwaren — Chem. Reinigung
CARL BEIER
5% Marken-Rabatt — Königsallee 2
25783

Restaurant Stadt Dresden
Inh. B. Hauptvogel
Nordstraße 36 25784

Eisenwaren-Handlung
Haus- u. Küchengeräte, Ernst Kabitz
Pirnaer Landstraße 154
25786

FRIEDRICHSTADT

En gros Schokolade En detail
Meta verw. Rogge
Billigste Bezugsquelle. Weißeritzstr. 42
25726

Zigarren — Zigaretten — Tabake
RICHARD FRITZSCHE
Schäferstraße 101 25727

CHEMNITZER'S WÄSCHEHAUS
Schäferstraße 16
Eigene Anfertigung von Wäsche
Besonders billig in Wäsche und Strümpfen
25725

Kolonialwaren, Lebensmittel
PAUL DIETRICH
Wachsbleichstraße 53 25741

Zigarren-Haus Wagenknecht
Friedrichstraße 10
Groß- und Kleinverkauf 25141

Kolonialwarenhaus Ander
Wachsbleichstraße 14
Billigste Einkaufsquelle 25739

JOHANNSTADT

O. P. VOGT
Drogen- und Farben-Handlung
Plotenhauerstraße, Ecke Arnoldstraße
25650

FRANZ RÖDL
Plotenhauerstr. 37 — Fernruf: 324 09
Manufakturwaren und Wäsche
25751

Leibwäsche, Schürzen, Strümpfe usw.
M. HANKE
Schumannstraße 57, Ecke Dürerplatz
25641

EMIL THUMEL
Haus- u. Küchengeräte - Werkzeuge
Plotenhauerstraße 18 25645

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Max Schubert, Plotenhauerstr. 41
25631

PAUL FRANZ
Kolonialwaren — Kaffee-Rösterei — Konserven
Weine — Spirituosen usw.
Striesener Str. 44 25643

Sanitätsbazar Johannstadt. Artikel für Kranken- u. Säuglingspflege. Plotenhauerstr. 3
25646

Wilhelm Rör, Inh. Rich. Poendorf, Plotenhauerstr. 15, Weine, Spirituosen, Kaffee en gros, en detail
25150

A. Ferd. Bergmann, Schumannstraße 43. Messerschmiederei u. Schleiferei m. elektr. Betrieb. Lager v. Solinger u. eig. Erzeugn. in rein Stahlw. 25755

Trinkt einheimische Erzeugnisse!
Dresdner Felsenkeller Pilsner 25608

PIRNA

Das führende Spezialgeschäft für sämtliche Molkerei-Produkte ist
Helmsdorfer Molkerei
Am Markt 25670

G. G. Wagner Nachf.
Lauterbachstr. 6
Kolonialwaren, Futtermittel, Seife
25621

Hamburger Kaffee-Lager
THAMS & GARFS
Pirna a. E., Dohnaische Str. 26
Billigste Bezugsquelle für Kaffee, Kakao
Tee, Schokolade und Lebensmittel
Eigener Groß-Einkauf
Eigene Kaffee-Rösterei 25658

Butter- u. Mehlhandlung
Konrad Süß, Breite Str. 11
25624

Woldemar Friedrich Nachf.
Inh. R. Hänig, Markt 9
Kolonialwaren u. Staatslotterieeinnahme
25616

Lebensmittel
Weine / Zigaretten
Haußwald, Am Markt 16
25625

FISCHWAREN -:- DELIKATESSEN
FRANZ SEIDEL
Lange Straße 44 25629

32 PAUL WEISS 32
Dohnaische Straße
Herren-, Burschen- und Kinder-Bekleidung
25657

Richard Scherneck, Dohnaische Str. 13
Wollwaren
25676

Kolonialwaren -:- Drogen
Emil Roch Nachf. Inh. Rich. Finze
Barbiergasse 1 25672

Reste-Centrale Lange Str. 39
25614

Lange & Lausch
Markt 20
Lacke / Farben / Pinsel
Schablonen für alle Zwecke
25691

Gutes Sohlenleder und sämtl. Schuhbedarf
Rudolf Scheel, Barbiergasse 13
25673

Wilhelm Baege
Marktgasse 25615

Pirnaer Lederhandlung
Berlin Straße 30 25680

LEDER
Karl Jähnichen, Badergasse 8
25671

Ewald Kluge, Lange Str. 17
Möbel u. Dekorationen
25670

Josef Sander
Schmiedestraße 38
25630

W. JURMANN
HERREN- U. KNABEN-BEKLEIDUNG
1 SCHOSSERGASSE 1 25630

Butter, Eier, Käse
E. Jüttler Nachf., Dohnaische Str. 31
25669

Karl Maaß Kolonialwaren Lebensmittel
25660

Monatsgarderoben u. Konfektion
B. Zloczower, Niedere Burgstr. 3
25692

Palast-Theater
Amtsgerichtsstr. 6
Nur Spitzenfilme — Erstkl. Künstlerkapelle — Tägl. 4, 6 Uhr und 8 Uhr
Sonntags 3 Uhr 25687

Alwin Dießner Schuhwaren Reparaturen
25662

L. Langhärig
Lebensmittel, Tabakwaren
Leder / Farben / Lacke
25661

FREIBERG

RESERVIERT

Trinkt Freiberger Silberquell
Bürgerliches Brauhaus A.-G., Freiberg Fernruf 32 31 — 32

RESERVIERT

Bernhard Mann
Kohlen, Briketts, Holz
25613

Louis Koburger, Freiberg, Herderstr. 5
Hygienische Gummiwaren 25619

Billigste Bezugsquelle
für
Herren- und Knaben-Bekleidung
Zur Zentrale 25657

25678 Conrad Eppendörfer
Restaurant „Bergmanns-Gruß"
Familienaufenthalt und Kegelbahn

Schokoladen / Kakao
Paul Kühn
Obermarkt 18
25614

Kleiderstoffe
Wäsche / Linoleum
Louis Meltner
25623

Clemens Jaesing
Obermarkt 21
Kleiderstoffe, Wäsche, Gardinen
Linoleum, Möbelstoffe
25621

KOTZSCHENBRODA

Palast-Theater
Vornehmste u. schönste Lichtbildbühne der Lößnitz. — Täglich Vorstellung
Anfang: Wochentags 8¼ Uhr
Sonntags 5¼ u. 8¼ Uhr
25655

Zigarrenhaus Oswald Schöttner
Bahnhofstraße 1 25700

Optiker R. Winkler, Moritzburger Str. 9
Spezialabteilung für Radio und Photographie 25694

Karl Pittius Bahnhofstraße 11
Buch-, Papier-, Leder- und Spielwarenhandlung 25650

COPITZ

A. Mehlhorn
Lichtbildner, Hauptstr. 14
Moderne Bildnisse
Postkarten
Vergrößerungen
25651

Otto Süßmilch, Hauptstr. 29
Uhren und Schmuckwaren aller Art
Sprechapparate — Schallplatten 25655

JOHANNSTADT

Kolonialwarenhaus
Carl Kauschke Nachf.
Sächs. Staatslotterie-Einnahme
Plotenhauerstr. 54 25643

M. Böhme, Inh. Robert Lehmann
Striesener Str. 33 25696
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren

COSWIG

Martha Sintert, Johannesstraße
Weiß- u. Wollwaren, Plauener Gardinen
25694

Bierhandlung Neucoswig
Erstkl. Biere / Sellers / Limonaden
Karl Richter, Schweigerstr. 7 25637

Schuhhaus Glöckner, Bahnhofstr. 4
Schuhwaren in stet u. eleganter Ausführung
25641

Paul Thomas, Bahnhofstr. 6
Damen-, Herren-, Kinderkonfektion
Arbeitskleidung 25645

Ida verw. Voigt, Hauptstraße 5
Schnitt- und Wollwaren, Trikotagen
25646

BRAND ERBISDORF

Oscar Schramm
Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
25677

Biergroßhandlung u. Fabrik alkoholfreier Getränke
FRANZ TREXLER
empfiehlt
Biere der Radeberger Exportbier Brauerei / Lebensmittel aller Art
25711

Robert Lommatzsch
Hüte, Mützen, Filzwaren, Felze
25610

Modehaus M. Emmrich
25671

Alma Neubert
Weiß-, Woll- u. Manufakturwaren -- Damenkonfektion
25612

Paul Grellmann
Grün- u. Fischwarengeschäft
25672

Zigarrenhaus Hans Neubert
Brand-Erbisdorf
Filiale: Großhartmannsdorf

FREIBERG

Reserviert

Franz Matuhr, Bahnhofstr. 35
Brillenoptik, Taschenlampen, Photoapparate, sämtliche Bedarfs-Artikel
Grünbach / Roßlern / Dengrbach 25635

Leder-Ausschnitt Geschäft
H. Helbig, Theatergasse 4